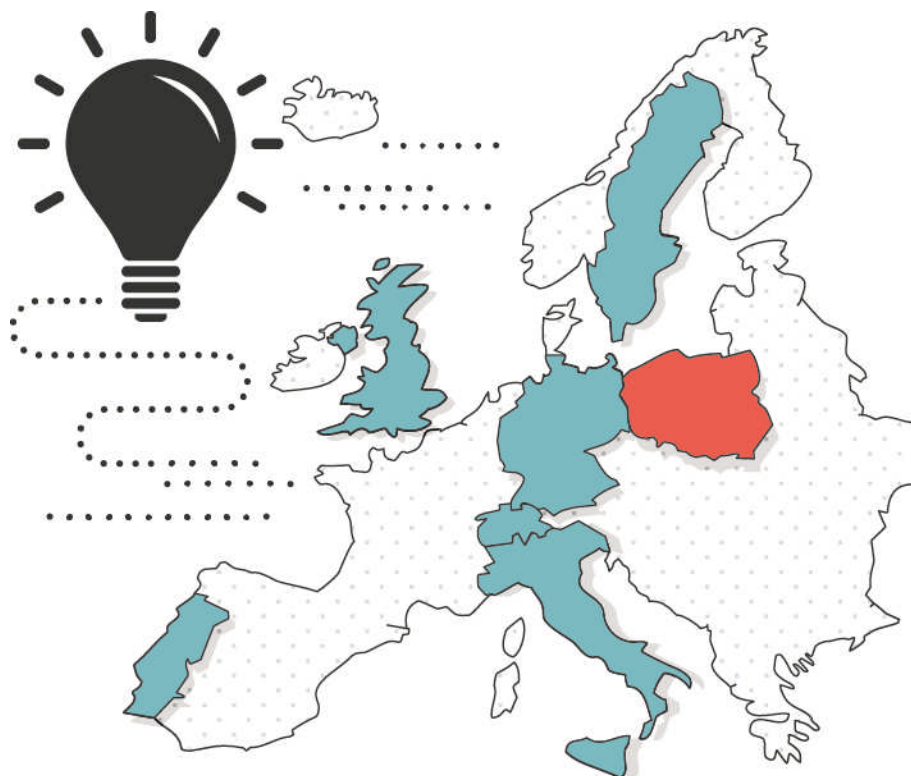


Berufsausbildung für Europas Jugend Länderbericht Polen



Studie

Die vorliegende Studie ist ein gemeinsames Produkt der folgenden vier Partner. Sie wurde vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln erstellt und gemeinsam mit den drei Stiftungen entwickelt und intensiv diskutiert.

Hans **Böckler**
Stiftung 

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

 Konrad
Adenauer
Stiftung

 Vodafone
Stiftung
Deutschland

Autor:

Markus Körbel

Köln, 21. Oktober 2015



Kontakt Daten Ansprechpartner

Markus Körbel
Telefon: 0221 4981-874
Fax: 0221 4981-99874
E-Mail: koerbel@iwkoeln.de

Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Postfach 10 19 42
50459 Köln



POLEN //

HISTORISCHE ENTWICKLUNG

Das heutige Berufsbildungssystem Polens hat seinen Ursprung in der Wiederaufbauphase nach dem 2. Weltkrieg. Der mit dem Industrialisierungsprozess einhergehende Bedarf an qualifizierten Facharbeitern führte zum raschen Ausbau der beruflichen Bildung. Die akademische Ausbildung hatte in der kommunistischen Ära einen untergeordneten Stellenwert. Der Zugang zu den wenigen Studienplätzen wurde stark reglementiert. Das polnische Handwerk genoss zu kommunistischen Zeiten in der Bevölkerung ein hohes Ansehen. Duale Ausbildungsplätze im Handwerk waren bei den Jugendlichen sehr begehrt. Mit dem Systemwechsel im Jahr 1989 änderte sich das Bildungsverhalten jedoch grundlegend.

Die Veränderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie die Wahlfreiheit der Bildungswege führten dazu, dass das Interesse der Jugendlichen an einer Berufsausbildung, auch im Handwerk, massiv zurückging. Viele Jugendliche nutzten nun die neue Möglichkeit zu studieren. Dies stand im Einklang mit den bildungspolitischen Zielen Polens, da nach dem Systemwechsel ein deutlicher Akademikermangel zu verzeichnen war.

„Im Ministerium für nationale Bildung war man sich in den in den 1990er Jahren sicher, dass die Zukunft nicht in der Berufsausbildung, sondern in der höheren technischen oder universitären Ausbildung liegt“.



Dorota Obidniak, ZNP

Um die berufliche Bildung an die neuen marktwirtschaftlichen Bedingungen anzupassen, wurde 1991 ein neues Bildungsgesetz verabschiedet, welches bis heute den Rechtsrahmen für die Struktur und Organisation der beruflichen Bildung in Polen bildet.

STRUKTUR DES BERUFSBILDUNGSSYSTEMS

Die Berufsbildung in Polen ist nationalstaatlich und überwiegend schulisch organisiert. Daneben existiert eine duale Berufsausbildung, die in erster Linie in den Zuständigkeitsbereich des polnischen Handwerks fällt.

Die Ausbildungsgänge an Berufsgrundschulen (Zasadnicza Szkoła Zawodowa) sowie die doppelt qualifizierende Ausbildung an sogenannten Technika sind die dominierenden Formen der vollzeitschulischen Berufsausbildung. Letztere bieten eine Berufsausbildung mit Abitur an.

Im Schuljahr 2013/14 entschieden sich über die Hälfte der Jugendlichen beim Übergang in die Sekundarstufe II für eine Berufsausbildung (55 Prozent). Hiervon mündeten über 80 Prozent in vollzeitschulische und knapp 20 Prozent in duale Ausbildungswege ein.

Zwei Drittel der Jugendlichen, die im Herbst 2013 mit einer Berufsausbildung begonnen haben, besuchten ein Technikum mit dem Ziel, parallel eine Hochschulzugangsberechtigung zu erwerben. Insbesondere in Zeiten hoher Jugendarbeitslosigkeit ist es nachvollziehbar, sich für eine Ausbildung zu entscheiden, die Wahlfreiheit zwischen direktem Einstieg ins Berufsleben oder Aufnahme eines Studiums garantiert; sei es zur Verbesserung der beruflichen Perspektiven oder zur Überbrückung schlechter Zeiten am Arbeitsmarkt. In Polen existieren aktuell 194 anerkannte Ausbildungsberufe.

Zur Steigerung der Transparenz und Übersichtlichkeit des polnischen Berufsbildungssystems wurden seit dem Jahr 2000 mehrere Berufsausbildungsgänge, die bereits in ähnlicher Form existierten, abgeschafft.

AKTUELLE REFORMEN

Im Jahr 2007 kam es bei der Konzeption der Lehrpläne zu einem Strategiewechsel: Die Inhalte der Lehrpläne wurden in einzelne Ausbildungsbausteine (Module) gegliedert, die innerhalb der Berufsbereiche kombinierbar sind und die Anrechnung von Teilqualifikationen ermöglichen. Dieser Prozess wurde im Jahre 2012 abgeschlossen und war zugleich eine wichtige Voraussetzung für weitere Reformen.



„Mit der Reform der beruflichen Bildung im Jahr 2012 soll die Qualität der Berufsausbildung und die Arbeitsmarktpassung deutlich verbessert werden“.

Monika Wojciechowska, KOWEZiU

// KEY FACTS: POLEN

Bevölkerung	38.017.856	Anteil Arbeitslose an Bevölkerung (15 bis 24 Jahre)	8,1 %
Jugendliche mit mindestens Sek II-Bildung (20 bis 24 Jahre)	90,4 %	Jugendliche, weder in Beschäftigung noch in Ausbildung (15 bis 24 Jahre)	12,0 %
Frühzeitige Schul- und Ausbildungs- abgänger unter den 18- bis 24-Jährigen	5,4 %	Vorwiegende Struktur der Berufsausbildung	überwiegend vollzeitschulisch
Jugendarbeitslosigkeit (15 bis 24 Jahre)	23,9 %	Ansehen der beruflichen Ausbildung	niedrig
		Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen	niedrig

Im Zuge der Bildungsreform 2012 wurden in Polen zahlreiche Beschlüsse zur Flexibilisierung und Regionalisierung der beruflichen Bildung gefasst. Damit sollte sowohl die Passgenauigkeit von Ausbildungsinhalten mit Blick auf den regionalen Arbeitsmarkt gestärkt als auch die Reaktionszeit auf sich verändernde wirtschaftliche Rahmenbedingungen verkürzt werden.

Dabei wurde auch die Autonomie der Berufsbildungseinrichtungen erweitert. Diese sind nun aufgefordert, basierend auf den von der Nationalen Agentur zur Unterstützung der beruflichen Aus- und Weiterbildung (KOWEZIU) erstellten Rahmenlehrplänen, die Lehrpläne für einzelne Fachmodule in Eigenregie zu entwickeln. Dabei sollen Vertreter aus Politik, Schulen und Wirtschaft gemeinsam aktiv und in die Lehrplanentwicklung eingebunden werden. Dieses Vorgehen wird bislang nur von 10 bis 20 Prozent der Berufsbildungszentren umgesetzt.

STELLENWERT DER BERUFAUSBILDUNG

Auch wenn die berufliche Bildung in Polen derzeit in der Gesellschaft ein geringes Ansehen genießt, entscheiden sich viele Jugendliche für doppelt qualifizierende Ausbildungsgänge „Berufsausbildung und Hochschulzugangsberechtigung“.

Eine klassische dreijährige berufliche Erstausbildung im Handwerk oder an einer Berufsgrundschule stellt für viele Jugendliche angesichts hoher Jugendarbeitslosigkeit, schlechten Verdienstmöglichkeiten und teilweise veralteten Ausstattungen der Berufsbildungszentren keine echte Alternative zum Technikum oder allgemeinbildendem Lyzeum dar.

Lange Zeit gab es einen breiten gesellschaftlichen und politischen Konsens, möglichst viele Jugendliche zu einem Studium zu motivieren. Erst vor wenigen Jahren setzte auf politischer Ebene ein Umdenkprozess ein, der sich in der Berufsbildungsreform von 2012 manifestierte.

Trotz breit angelegter Imagekampagnen hat sich nach Expertenmeinung die Haltung der Bevölkerung zur Berufsausbildung bislang allerdings kaum verändert. Dies ist auch auf eine - bis vor kurzem wenig entwickelte - Berufsberatung zurückzuführen, die zudem eine akademische Ausbildung favorisierte. Perspektiven für berufliche Qualifizierte sind polnischen Jugendlichen und deren Eltern meist nicht vertraut.

ARBEITSMARKTPASSUNG

Die Orientierung der beruflichen Bildung an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes ist trotz der eingeleiteten Reformen noch defizitär. Beispielsweise besteht für die Schulleiter beruflicher Schulen und für regionale bildungspolitische Instanzen keine Verpflichtung, das Ausbildungsplatzangebot an den Arbeitsmarktentwicklungen auszurichten. Insbesondere in finanzschwachen Regionen Polens führt dies dazu, dass an den beruflichen Schulen eher kostengünstige Ausbildungsgänge angeboten werden (z. B. für Bürokaufleute anstatt für Mechatroniker), unabhängig von der Nachfrage der Berufe am regionalen Arbeitsmarkt.



Inhaltsverzeichnis

1	Historische Entwicklung und aktuelle Situation.....	4
2	Organisation und Akteure.....	7
3	Qualitätssicherung und Standards	16
4	Teilnehmer und Akzeptanz	20
5	Arbeitsmarktorientierung und Mobilität	24
6	Fazit.....	27
7	Literatur	30
8	Liste der Interviewpartner	32



1 Historische Entwicklung und aktuelle Situation

Ursprung

Die wechselvolle Geschichte Polens mit mehrfachen Aufteilungen des Landes sowie Verschiebungen der Außengrenzen ließ lange Zeit keine kontinuierliche Entwicklung der beruflichen Bildung zu. Das heutige Berufsbildungssystem hat seinen Ursprung zu Zeiten des Wiederaufbaus nach dem 2. Weltkrieg. Damals entstanden die ersten vollzeitschulischen Berufsbildungszentren, die zumeist eng mit den Industriekombinaten verflochten waren. Die berufliche Bildung war in erster Linie auf die Bedarfe der Industrie ausgerichtet. Dafür wurde 1949 das Zentralbüro für berufliche Bildung gegründet (*Centralny Urząd Szkolenia Zawodowego*). Da in den Jahren nach dem Krieg ein erheblicher Mangel an qualifizierten Industriearbeitern zu verzeichnen war, hatte die Entwicklung der beruflichen Bildung in Polen hohe Priorität (Hörner/Huck, 1994, 30 f.).

Im Jahr 1956 gegen Ende der stalinistischen Ära wurde das polnische Berufsbildungssystem erstmals reformiert, was unter anderem seinen Ausdruck im Bildungsgesetz von 1961 fand (Hörner/Nowosad, 2010, 566). Das Zentralbüro für berufliche Bildung wurde geschlossen und die Verantwortlichkeiten gingen auf das Bildungsministerium über. Zudem wurde die Schulpflicht von sieben auf acht Jahre erhöht, um die Jugendlichen besser auf weiterführende (Berufs-)Bildungsgänge vorbereiten zu können. Ferner wurde das 5-jährige Technikum eingeführt, ein doppelt qualifizierender Ausbildungsgang zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife sowie einer abgeschlossenen Berufsausbildung. Daneben existierten 2- bis 3-jährige vollzeitschulische Erstausbildungsgänge sowie die vom Handwerk organisierte duale Berufsausbildung. Noch in den 1980er-Jahren wurden fast 80 Prozent aller Auszubildenden an den Berufsgrundschulen (*zasadnicza szkoła zawodowa*) ausgebildet (Kooperation International, 2015).

Industrielle Großbetriebe sowie ein starker Agrarsektor waren bis Ende der 1980er-Jahre prägend für die polnische Wirtschaft. Im Zuge des Transformationsprozesses vom kommunistischen Regime zur demokratischen Republik zu Beginn der 1990er-Jahre kam es zur dramatischen Veränderungen der polnischen Wirtschaftsstruktur und damit auch im Bereich der beruflichen Bildung. Weite Teile der polnischen Industrie sowie der Bergbau und die Landwirtschaft waren nicht mehr wettbewerbsfähig, sodass in großem Umfang Arbeitskräfte freigesetzt wurden (Hörner/Nowosad, 2010, 566 f.).

Das gut ausgebildete Fachkräftereservoir und die niedrigen Löhne begünstigten in der Folgezeit die Ansiedlung ausländischer Unternehmen, bei denen ein Teil der arbeitslosen Fachkräfte eine neue Beschäftigung fand. Um der Arbeitslosigkeit zu entgehen, machten sich auch viele Polen¹ selbstständig, sodass es zu zahlreichen Neugründungen von Kleinstunternehmen kam.

1991 wurde ein neues Bildungsgesetz verabschiedet, welches den Umbau von der Plan- in die Marktwirtschaft unterstützen sollte. Polen war, ähnlich wie die anderen osteuropäischen Transformationsländer, gezwungen, die Ausbildungsstrukturen an die Bedürfnisse eines marktwirtschaftlichen Systems anzupassen. Da viele Berufsschulen direkt an die sozialistischen Großbe-

¹ Für einen leichteren Lesefluss wird im Folgenden die männliche Ausdrucksform verwendet. Sollte es im Text nicht explizit anders erwähnt werden, so gelten alle getroffenen Aussagen sowohl für Männer als auch für Frauen.



triebe angeschlossen waren, führte der Niedergang dieser Betriebe auch zu Schließungen zahlreicher Schulen und damit zu einer Verknappung des Angebots an Ausbildungsplätzen. Zudem war die berufliche Bildung im Bereich der Dienstleistungsberufe stark unterentwickelt und es herrschte ein akuter Akademikermangel, insbesondere in den Bereichen Wirtschaft und Recht.

All dies führte dazu, dass sich das Bildungsverhalten der polnischen Jugendlichen binnen weniger Jahre deutlich veränderte. Während 1990 nur 25 Prozent der polnischen Jugendlichen die Absicht hatten, einen Hochschulabschluss zu erwerben, waren es 1998 knapp 60 Prozent. Im gleichen Zeitraum ging der Anteil der Jugendlichen, die Interesse an einer 3-jährigen beruflichen Grundausbildung bekundeten, von 30 Prozent auf 5 Prozent zurück (Kooperation International, 2015).



„Im Ministerium für nationale Bildung war man sich in den in den 1990er-Jahren sicher, dass die Zukunft nicht in der Berufsausbildung, sondern in der höheren technischen oder universitären Ausbildung liegt“.
(Dorota Obidniak, ZNP)

Diese Entwicklungen standen im Einklang mit der staatlichen Bildungspolitik und der Arbeitskräftenachfrage der polnischen Wirtschaft, die einen großen Bedarf an gut qualifizierten Akademikern hatte.

Reformen

Die Bildungsreform aus dem Jahre 1999

Im Jahr 1999 wurden Reformprozesse eingeleitet, die sowohl die allgemeine als auch die berufliche Bildung betrafen. Im Bereich der Allgemeinbildung wurden die 6-jährige Grundschule und das 3-jährige Gymnasium anstelle der bisherigen 8-jährigen Primarschule implementiert. Im Bereich der beruflichen Schulen war eine Abschaffung der doppelt qualifizierenden Ausbildungsgänge vorgesehen. Stattdessen sollten Lyzeen mit Fachrichtung eingeführt werden, in denen neben der allgemeinen Hochschulreife berufsvorbereitende Qualifikationen vermittelt werden sollten (Hörner/Nowosad, 2010, 568 ff.).

Massiver gesellschaftlicher Druck, insbesondere auch der Gewerkschaften, führte dazu, dass im Jahr 2001 die Abschaffung der doppelt qualifizierenden Berufsausbildungsgänge rückgängig gemacht wurde. Die Lyzeen mit Fachrichtung brachten nicht den gewünschten Erfolg, sodass diese 2009 wieder eingestellt wurden. Diese Schulart wurde von den Jugendlichen kaum nachgefragt, da einerseits der zeitliche Umfang der vermittelten Berufsqualifikationen zu gering war und dies andererseits zu Lasten der allgemeinbildenden Inhalte ging, was diese Schüler bei den Aufnahmeprüfungen an den Hochschulen benachteiligte.

Die Bildungsreform aus dem Jahr 2012

Die letzte umfassende Reform der beruflichen Bildung startete im Schuljahr 2012/13 und soll nach derzeitigen Planungen im Schuljahr 2016/17 abgeschlossen sein. Die zentralen Gründe für die Umsetzung der Bildungsreform im Jahr 2012 bestanden darin, die berufliche Bildung



stärker an den aktuellen Bedürfnissen des polnischen Arbeitsmarkts auszurichten, die Flexibilität zu stärken sowie die Attraktivität der Berufsausbildung als Alternative zum Studium zu steigern, um letztlich auch die Akzeptanz der Berufsbildung in der polnischen Bevölkerung zu erhöhen (Europäische Kommission, 2014, 5).

Aktuelle Situation der polnischen Berufsausbildung

Das derzeit existierende Berufsbildungssystem Polens ist vom Bereich des Handwerks abgesehen nationalstaatlich organisiert. Es existieren sowohl vollzeitschulische- als auch duale Berufsausbildungsgänge, wobei sich nur gut 10 Prozent eines Altersjahrgangs für eine duale Berufsausbildung entscheiden und rund 40 Prozent eine vollzeitschulische Ausbildung anstreben.

Insgesamt genießt die Berufsausbildung in Polen seit vielen Jahren ein geringes gesellschaftliches Ansehen. Auch die Mehrheit der Betriebe zeigt, abgesehen vom Handwerk, wenig Interesse, sich an der Berufsausbildung der polnischen Jugendlichen zu beteiligen. Das schwache Engagement dürfte unter anderem auf die Betriebsgrößenstruktur der polnischen Wirtschaft zurückzuführen sein. Die Neugründungswelle von Kleinstbetrieben in den 1990er-Jahren hatte zur Folge, dass noch im Jahr 2012 über 95 Prozent der polnischen Betriebe weniger als zehn Beschäftigte hatte (Vergleichswert für Deutschland: 82 Prozent) (Eurostat, 2015a). Betriebe dieser Größenordnung sind in der Regel nur schwer für eine Beteiligung an der beruflichen Bildung zu gewinnen.

Exkurs: Das polnische Handwerk

Die duale Berufsausbildung findet in Polen, wie weiter oben bereits erwähnt, überwiegend im Bereich des Handwerks statt. Dies hat eine lange Tradition. Zu den Hauptaufgaben des 1933 gegründeten polnischen Handwerksverbands mit den 27 angeschlossenen regionalen Handwerkskammern zählen neben der Interessenvertretung der Mitglieder die Überwachung der Ausbildung zum Gesellen und Meister sowie die Abnahme der Prüfungen.

In der kommunistischen Ära genoss das Handwerk in der polnischen Bevölkerung ein hohes Ansehen und eine Ausbildung im Handwerk war bei vielen Jugendlichen sehr beliebt, da man über mehr Freiheiten verfügte als in einer staatlichen Berufsausbildung. Gleichzeitig dokumentierte man mit einer Ausbildung im Handwerk auch indirekt seine Opposition zum bestehenden System.

Nach Informationen des Zentralverbands des polnischen Handwerks befanden sich 1989 rund 250.000 Jugendliche in einer dualen Handwerksausbildung. Bildungspolitische Reformen, Freiheit bei der Wahl der Bildungswege, demografische Faktoren sowie der Trend zum Studium haben dazu geführt, dass derzeit weniger als 100.000 Jugendliche eine Ausbildung im Handwerk absolvieren.

Die aktuelle Situation zur Ausbildung im Handwerk stellt sich wie folgt dar: Rund 10 Prozent der 300.000 Mitgliedsbetriebe beteiligen sich an der Berufsausbildung von Jugendlichen. Im Ausbildungsjahr 2012/13 wurden knapp 30.000 Gesellenprüfungen und rund 3.000 Meisterprüfungen abgelegt. Über 40 Prozent der Gesellenprüfungen entfielen auf die beiden Berufe Friseur/-in und KFZ-Mechaniker/-in (die Zahlenangaben basieren auf Informationen des ZRP, die im Rahmen des dort geführten Interviews übermittelt wurden).



2 Organisation und Akteure

Organisation

Die strategische Ausrichtung der beruflichen Bildung wird weitgehend von Ministerium für nationale Bildung vorgegeben. Auch das Handwerk, das in seinem Zuständigkeitsbereich über einen hohen Grad an Autonomie verfügt, ist an die zentralen staatlichen Vorgaben gebunden. Die Einflussmöglichkeiten der Sozialpartner auf die Berufsausbildung waren bis in die jüngste Vergangenheit gering, da sie nur beratende Funktionen, jedoch wenig verbriefte Rechte hatten.

Für die Umsetzung der beruflichen Bildung und für die Verwaltung der beruflichen Schulen sind in Polen die Wojewodschaften (regionale Gebietseinheiten) verantwortlich. Jede Wojewodschaft verfügt über ein Gremium für Beschäftigung, bestehend aus Vertretern von Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen, Landwirtschaftskammern, Arbeitsmarktexperten sowie Wissenschaftlern, welches auch für die Berufsausbildung zuständig ist (Cedefop, 2012, 34 f.). In diesen Gremien wird unter anderem festgelegt, welche Ausbildungsgänge in Schulen angeboten werden.

Ein zentraler Eckpfeiler der Bildungsreform von 2012 bestand in der Stärkung der Autonomie der Berufsbildungseinrichtungen. Diese sind nun aufgefordert – basierend auf dem vom Nationale Zentrum zur Förderung der Berufs- und Erwachsenenbildung (KOWEZIU) erstellten Rahmenlehrplan – Lehrpläne für die Fachmodule einzelner Berufe in Eigenregie zu entwickeln. Im Idealfall sollen die weiter oben angeführten Vertreter aus Politik, Schulen und Wirtschaft gemeinsam aktiv und in die Lehrplanentwicklung eingebunden werden. Damit soll sichergestellt werden, die Berufsausbildung stärker an den Erfordernissen der regionalen Arbeitsmärkte auszurichten.

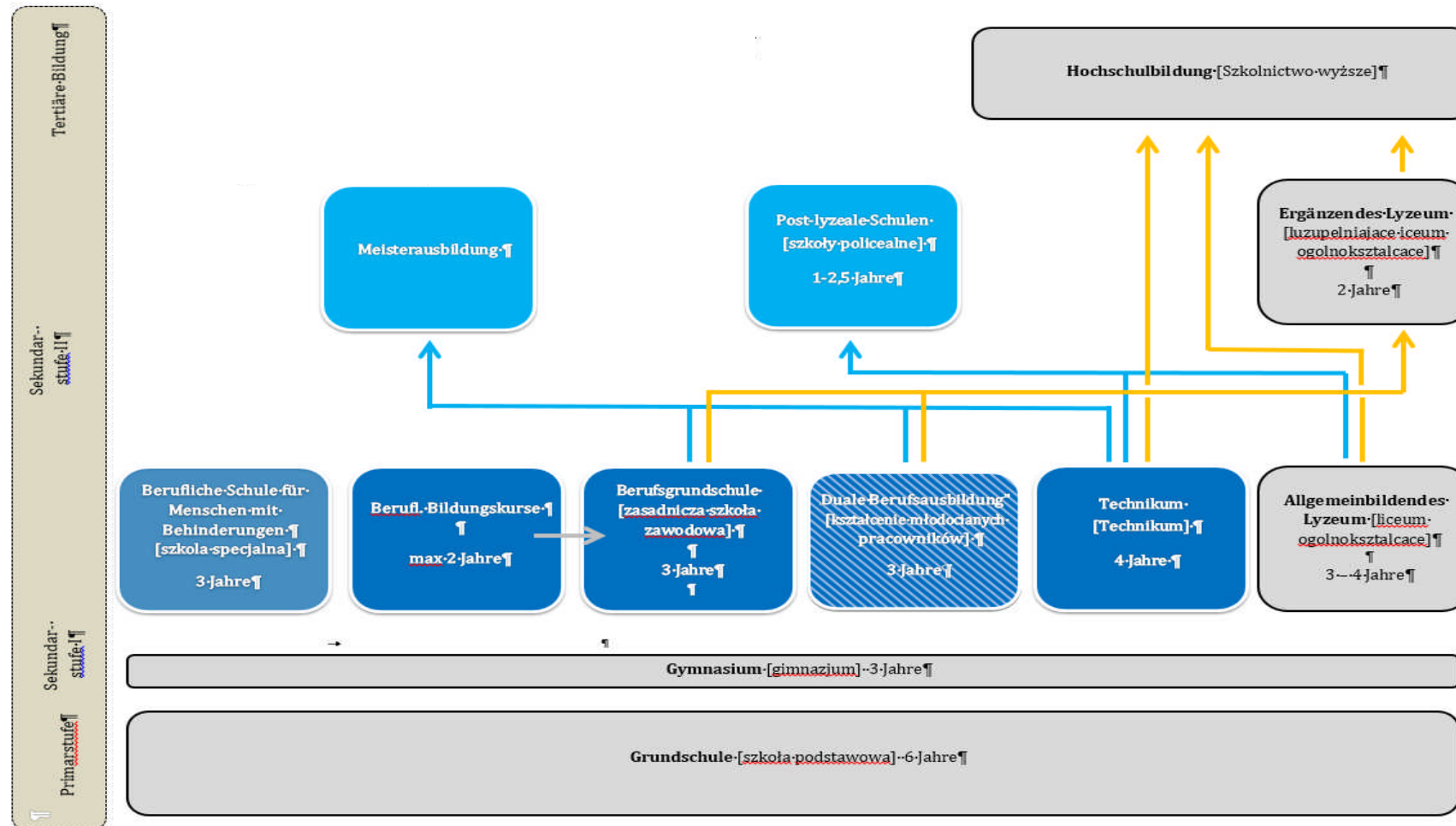
Hierbei handelt es sich um einen längerfristigen Prozess, der umfangreiche Schulungen der beteiligten Akteure, insbesondere beim Personal der beruflichen Schulen erfordert. Das KOWEZIU hat hierzu zahlreiche Schulungsunterlagen, unter anderem E-Learning-Formate entwickelt, um diesen Prozess anzustoßen.

Aufbau und Struktur des polnischen Berufsbildungssystems

Trotz zahlreicher Strukturreformen, die zu einer Abschaffung einiger Schultypen und damit zu einer deutlichen Verschlankung des Berufsbildungssystems führten, existiert immer noch ein breites Spektrum an verschiedenen Berufsausbildungsgängen, die sich sowohl hinsichtlich der Praxisorientierung als auch des Anforderungsniveaus unterscheiden.



Abbildung 1: Berufsbildungssystem Polen



Legende:

- Berufliche Bildungsgänge (vollzeitschulisch)
- Berufliche Bildungsgänge (dual)
- Berufliche Schulen für Jugendliche mit Beeinträchtigungen
- Postsekundäre und tertiäre Bildungsgänge (nicht-universitär)
- Allgemeinbild., tertiäre Bildungsgänge (universitär)
- Übergänge in tertiäre Bildungsgänge (universitär)
- Übergänge in postsekundäre und tertiäre Bildungsgänge (nicht-universitär)



Im Einzelnen handelt es sich dabei um:

- Berufliche Bildungskurse mit einer Dauer von bis zu zwei Jahren. Diese sind vorwiegend im Bereich der Erwachsenenbildung anzusiedeln, stehen aber auch Jugendlichen für eine berufliche Erstausbildung offen.
- 3-jährige Ausbildung an Berufsgrundschulen (*Zasadnicza szkoła zawodowa*). Hierbei handelt es sich um einen vollzeitschulischen Ausbildungsgang mit einem Praxisanteil von mindestens 60 Prozent. Die praktischen Lehrinhalte können entweder in Werkstätten der Berufsbildungszentren oder in Form von Betriebspraktika erworben werden.
- 3-jährige duale Berufsausbildung (*Kształcenie młodocianych pracowników*), die vorwiegend im Handwerk stattfindet, aber auch in anderen Wirtschaftsbereichen absolviert werden kann. Der Praxisanteil beträgt bis zu 80 Prozent. Der theoretische Unterricht findet in den Berufsgrundschulen statt.
- 4-jährige Ausbildung an Technika (*Technikum*). Erfolgreiche Absolventen der Technika erhalten einen doppelt qualifizierenden Abschluss, der neben dem Berufsabschluss auch die allgemeine Hochschulreife beinhaltet. Der Praxisanteil der Berufsausbildung liegt bei 50 Prozent. Diese Form der Berufsausbildung hat eine akademisch orientierte Ausrichtung und vermittelt weniger berufspraktische Grundqualifikation als die Ausbildungsgänge an den Berufsgrundschulen.
- 1- bis 2,5-jährige Berufsausbildung an post-lyzealen Schulen (*Szkoła policealna*). Diese Schulen bieten berufliche Ausbildungsgänge an, die sowohl zu einem Abschluss auf dem Niveau eines Facharbeiters/Fachangestellten als auch zu dem eines polnischen Technikers führen können. Das Lehrangebot richtet sich an Absolventen der allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe II.
- Diejenigen, die einen Berufsabschluss erworben haben, können sich – entsprechende Berufserfahrung vorausgesetzt – für die Meisterprüfung im Handwerk anmelden und erhalten bei Bestehen das *Dyplom Mistrzowski* (Cedefop, 2012, 14 ff.).

Lehrplanentwicklung und -aktualisierung

Die Identifikation von neuen Ausbildungsberufen sowie die zügige Einführung neuer Curricula zählen zu den Erfolgsfaktoren einer modernen Berufsausbildung. In Polen kommen nach Informationen der Vertreter des KOWEZIU Anregungen für die Einführung neuer Berufe von unterschiedlichen Akteuren, wie z. B. Arbeitgeberorganisationen, Wissenschaftlern, Bildungspolitikern. Diese Vorschläge werden dann vom jeweiligen Fachministerium geprüft. Wird die Notwendigkeit zur Einführung eines neuen Berufs bestätigt, beschreibt das Fachministerium das Profil des Ausbildungsberufs und skizziert, über welche Fähigkeiten, Kenntnisse und Fertigkeiten der Auszubildende nach Abschluss der Ausbildung verfügen sollte.

Diese Unterlagen werden vom Bildungsministerium einer weiteren Prüfung unterzogen und bei positivem Ausgang wird das KOWEZIU aufgefordert, ein Mustercurriculum zu erstellen. An der Curricula-Erstellung ist ein Team, bestehend aus Fachleuten vom KOWEZIU und von Arbeitgebervertretern, beteiligt. Gewerkschaftsvertreter sind nicht obligatorisch eingebunden, können sich jedoch an diesen Arbeiten beteiligen. Der gesamte Prozess von der ersten Prüfung des Fachministeriums bis zur Erarbeitung des Curriculums dauert insgesamt sechs Monate, nicht eingeschlossen ist die Zeit für die Erstellung der Unterrichtsmaterialien sowie die Qualifizierung des Lehrpersonals.



Auch wenn die Sozialpartner an der Einführung neuer Berufe mitwirken (können), haben sie keine verbrieften Vetorechte. Die finalen Entscheidungen werden ausschließlich auf ministerieller Ebene getroffen. So auch bei den im Jahr 2014 neu eingeführten Ausbildungsberufen Techniker für Aufzüge und Kräne, Klima- und Kältetechniker sowie der Motorradmechaniker.

Modularisierung der Berufsausbildung

Im Jahr 2007 wurde ein Strategiewechsel bei der Konzeption der Lehrpläne eingeleitet. Die Inhalte der Lehrpläne wurden in einzelne Ausbildungsbausteine (Module) gegliedert, die innerhalb der Berufsbereiche kombinierbar sind und die eine Anrechnung von Teilqualifikationen ermöglichen. In diesem Kontext musste auch die Berufssystematik überarbeitet werden. Die neue Klassifizierung der Berufe umfasst acht Berufsbereiche mit insgesamt 200 Ausbildungsberufen. Für diese Berufe wurden 251 verschiedene Qualifikationen ausgewiesen, darunter 23 Berufe mit je drei Qualifikationen, 72 Berufe mit je zwei Qualifikationen, 98 mit je einer Qualifikation sowie sieben künstlerische Berufe, für die keine gesonderten Qualifikationen definiert wurden. 29 ehemalige Berufe wurden gestrichen. Davon wurden 19 komplett neu geordnet bzw. deren Lehr- und Lerninhalte in andere Berufe integriert (Sobiera, 2014, 7 ff.).

Der Prozess der Modularisierung der Lehrpläne war bereits im Jahr 2012 rechtzeitig zum Inkrafttreten der Bildungsreform abgeschlossen. Das polnische Handwerk sprach sich klar gegen die Modularisierung der Berufsausbildung aus und favorisiert weiterhin das Berufskonzept.

Mit der Modularisierung der Berufsqualifikationen sind nach Aussagen von Vertretern des KOWEZiU folgende Vorteile verbunden: Auszubildende haben nun die Möglichkeit, sich nach Abschluss einer Teilqualifikation auf dem Arbeitsmarkt zu bewerben und können den Berufsabschluss durch den Erwerb weiterer Teilqualifikationen zu einem späteren Zeitpunkt nachholen. Zudem erleichtert die Modularisierung auch den Erwerb weiterer Berufsabschlüsse. Da einzelne Qualifizierungsmodule für mehrere Berufe gelten, brauchen Personen, die bereits über einen Berufsabschluss verfügen, für einen weiteren Abschluss nur die Module zu erlernen, die ihnen noch fehlen. Damit können sie die Ausbildungszeit zum Erlernen eines weiteren Berufs deutlich verkürzen.

Begleitet wurde die Modularisierung der Berufsausbildung durch weitere Maßnahmen. Für alle Ausbildungsberufe wurde ein Rahmenlehrplan erstellt, in dem die Lernergebnisse (learning outcomes), berufliche Fähigkeiten sowie die sozialen Kompetenzen und Schlüsselqualifikationen der Ausbildungsabsolventen beschrieben wurden. Eine Ebene darunter existieren die berufsbezogenen modularen Curricula. Diese haben den Vorteil, dass sie gegenüber den ehemaligen berufsbezogenen Lehrplänen schneller angepasst und damit besser auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts abgestimmt werden können (EQAVET, 2015).

Auch die Stundenvorgaben bei der Vermittlung der Lerninhalte wurden modifiziert, und zwar in der Form, dass

- anstelle der wöchentlichen Stundenzahl für einzelne Pflichtfächer nun Mindeststundenzahlen für die gesamte Ausbildungsdauer fixiert wurden,
- für die einzelnen Ausbildungsgänge wöchentliche Pflichtstundenzahlen definiert wurden,
- Mindeststundenzahlen für die theoretische und praktische Ausbildung festgelegt wurden,



- eine fixe Stundenzahl für die Rehabilitation behinderter Schüler bestimmt wurde (Sobiera, 2014, 12 f.).

Durch die angestrebte Flexibilisierung und Regionalisierung der beruflichen Bildung will man einerseits die Passgenauigkeit von Ausbildung und regionalem Arbeitsmarkt stärken und andererseits die Reaktionszeit auf geänderte wirtschaftliche Bedingungen verkürzen. Letztlich sollen diese Maßnahmen einen Beitrag zur Senkung der Jugendarbeitslosigkeit leisten, die im Jahresdurchschnitt 2014 bei knapp 24 Prozent lag.



„Mit der Reform der beruflichen Bildung im Jahr 2012 soll die Qualität der Berufsausbildung und die Arbeitsmarktpassung deutlich verbessert werden“.
(Monika Wojciechowska, KOWEziU)

Rechtliche Grundlagen

Die rechtliche Grundlage für die Berufsbildung in Polen stellt das Gesetz von 1991 dar, in dem die Bildung Polens an die Erfordernisse der Marktwirtschaft angepasst wurde. In diesem Gesetz wurde unter anderem das staatliche Bildungsmonopol aufgehoben und eine Dezentralisierung im Bereich der Schulverwaltung (berufliche und allgemeinbildende Schulen) eingeleitet. Ferner wurden zahlreiche Kompetenzen, die ehemals bei den Fach- bzw. Branchenministerien angesiedelt waren, auf das Ministerium für nationale Bildung übertragen (Hörner/Zielinska, 2011, 24 f.).

Für die im Jahre 1999 durchgeführte Strukturreform mussten neue gesetzliche Grundlagen geschaffen werden (Gesetz vom 8. Januar 1999). Wie bereits erwähnt, wurde mit diesem Gesetz die Schulbildung im Sekundarbereich I reformiert und Veränderungen im Bereich der beruflichen Bildung beschlossen – Einführung der Lyzeen mit Fachrichtung, geplante Auflösung der Technika.

Ein weiteres Bildungsgesetz wurde im August 2011 verabschiedet, um die weiter oben beschriebenen Reformen für das Schuljahr 2012/13 umsetzen zu können. Unter anderem sind in diesem Gesetz folgende grundlegenden Novellierungen der polnischen Berufsbildung geregelt:

- schrittweises Auslaufen der Lyzeen mit spezifischen Fachrichtungen,
- schrittweises Auslaufen der ergänzenden allgemeinbildenden Lyzeen und ergänzenden Technika,
- alle Ausbildungsgänge in den Berufsgrundschulen wurden auf drei Jahre angehoben (bisher existierten auch 2-jährige Ausbildungsgänge),
- Reform der Ausbildungsregelungen (*Podstawa programowa kształcenia w zawodach*), auf deren Grundlage Ausbilder und Lehrer die Lehrpläne erstellen,
- Einführung von beruflichen Zwischenprüfungen, deren Bestehen dem Auszubildenden bestimmte Qualifikationen mit einem Zeugnis bestätigt.



Ergänzend zu den angeführten Gesetzen wurden zahlreiche Verordnungen erlassen, in denen Einzelaspekte der beruflichen Bildung (häufig Regelungen im Prüfungswesen) geregelt sind, wie zum Beispiel

- im Jahr 2007 die Verordnung zur Regelung der Zugangsvoraussetzungen und inhaltliche Ausgestaltungen der Berufsprüfungen („Diplom zur Bestätigung der erworbenen beruflichen Qualifikationen“ (*Dyplom potwierdzający kwalifikacje zawodowe*) und „Diplom über die Erlangung des Berufstitels“ (*Dyplom uzyskania tytułu zawodowego*),
- im Jahr 2005 die Verordnung über die Gesellen- und Meisterprüfungen, welche von den Prüfungskommissionen der Handwerkskammern durchgeführt werden. Hier sind die Zugangsvoraussetzungen, Prüfungsbedingungen sowie die Inhalte der Gesellen- und Meisterprüfung geregelt.

Diese Ausführungen sollen verdeutlichen, dass aufbauend auf dem Berufsbildungsgesetz von 1991 und den beiden Ergänzungsgesetzen von 1999 und 2011 sowie den zahlreichen Verordnungen ein rechtlicher Rahmen für permanente Reformen und strukturelle Veränderungen geschaffen wurde, der nicht nur die staatlichen Ausbildungsgänge, sondern auch das dual ausbildende Handwerk einbezieht.

Auch wenn die Handwerkskammern bei der Abnahme der Prüfungen und der Ausgestaltung der Curricula über ein hohes Maß an Gestaltungsfreiheit verfügen, soll durch gesetzliche Vorgaben sichergestellt werden, dass Ausbildungsabsolventen gleicher Berufe unabhängig vom Ausbildungsgang – staatlich vollzeitschulisch oder dual im Handwerk – ähnliche Kenntnisse und Fertigkeiten vorweisen können. Diese Vergleichbarkeit bzw. Offenheit der beiden parallel existierenden Systeme wurde bis in die jüngste Vergangenheit auch dadurch unterstrichen, dass man an einer staatlichen Berufsgrundschule die Ausbildung absolvieren und sich nachträglich bei einer Handwerkskammer zur Abschlussprüfung anmelden konnte. Umgekehrt kam es auch vor, dass Handwerkskammern im Auftrag der staatlichen Berufsschulen Prüfungen für Auszubildende der Berufsgrundschulen durchgeführt haben.

Ob dies zukünftig noch möglich sein wird, ist fraglich. Denn das polnische Handwerk hat sich gegen die Modularisierung der Berufsausbildung ausgesprochen. Das heißt, es ist zu befürchten, dass es nicht nur strukturell, sondern auch inhaltlich zu einem Auseinanderdriften der staatlichen Ausbildung und der Handwerksausbildung kommen wird. Dies wird sich in erworbenen Fähigkeiten, Kenntnissen und Fertigkeiten der Auszubildenden niederschlagen und wechselseitige Prüfungen deutlich erschweren.

Finanzierung

Für die Finanzierung der beruflichen Bildung ist die öffentliche Hand zuständig. Sie erfolgt aus regionalen öffentlichen Haushalten und wird vom polnischen Staat bezuschusst. Folglich werden die beruflichen Schulen und Zentren für die praktische Berufsausbildung von den Kreisen, Städten und Wojewodschaften (Bezirken) finanziert (Ministerstwo Edukacji Narodowej, 2011, 80 ff.). Nach einer Befragung aus dem Jahr 2009 gaben rund 60 Prozent der Kommunen über die Hälfte ihres Budgets für den Sekundarschulbereich für Schulen und Zentren der berufspraktischen Ausbildung aus. Bei rund zwei Drittel der befragten Kommunen reichten die staatlichen Zuschüsse zu einer Finanzierung der Schulen nicht aus, sodass sie eigene Mittel beisteuern mussten (Goźlińska/Kruszewski, 2013, 79 ff.).



Die Finanzierung der Berufsausbildung wurde im Rahmen der Reform 2012 nochmals angepasst. Danach erhalten die öffentlichen Schulen für jeden Schüler eine Subvention. Private Schulen erhalten die Mittel erst dann, wenn der Auszubildende die Abschlussprüfung abgelegt hat. Durch die neuen Fördermöglichkeiten erhofft man sich eine stärkere Beteiligung von privaten Schulen an der Berufsbildung, die bislang kaum gegeben war (Sobiera, 2014, 13 f.).

Um den Praxisbezug der schulischen Berufsausbildung zu erhöhen und die Betriebe stärker in die Berufsausbildung einzubinden, beteiligt sich der polnische Staat seit 2012 verstärkt an der Finanzierung der Betriebspraktika. Insbesondere das betriebliche Bildungspersonal wird weitgehend mit staatlichen Mitteln finanziert. Im Einzelnen erstatten die beruflichen Schulen den Betrieben folgende Aufwendungen:

- Vergütung für betriebliche Ausbilder, die die praktischen Lehreinheiten anleiten, in Höhe des unteren Tarifgrundlohns,
- Arbeitskleidung und Sicherheitsausrüstung, die am Schulungsarbeitsplatz notwendig sind und den Schülern im Rahmen der praktischen Lehreinheiten vom Arbeitgeber zur Verfügung gestellt werden
- Betreuer von Berufspraktika können vom Arbeitgeber für die Dauer der Betreuung eine Prämie in Höhe von mindestens 10 Prozent des Durchschnittsverdienstes erhalten, sofern diese nicht von der Arbeit freigestellt wurden.

Zudem können Handwerksbetriebe seit 2012 für die 3-jährige Ausbildung eines Auszubildenden eine Förderung in Höhe von rund 2.000 Euro beantragen. Diese wird jedoch erst ausgezahlt, nachdem der Auszubildende die Gesellenprüfung bestanden hat.

Trotz aller Fördermaßnahmen ist die Berufsbildung in Polen nach wie vor stark unterfinanziert. Dies hat zur Folge, dass die Ausrüstung in den Lehrwerkstätten der staatlichen Schulen häufig veraltet ist und einige Kommunen dazu tendieren, Ausbildungsgänge anzubieten, die weniger kostenintensiv sind (z. B. Techniker-Ökonom anstatt KFZ-Mechaniker). Die Frage der Arbeitsmarktpassung spielt bei fiskalischen Zwängen häufig eine nachrangige Rolle. Ohne eine stärkere Einbindung der Arbeitgeber (z. B. Angebot von Praktikumsplätzen oder Bereitstellung von Maschinen und Ausrüstung) dürfte eine Modernisierung bzw. bessere Arbeitsmarktpassung der polnischen Berufsausbildung schwer zu bewerkstelligen sein.

Schüler und Auszubildende in der Sekundarstufe II

Wie aus Tabelle 1 hervorgeht, sind die Schülerzahlen im Bereich der beruflichen Erstausbildung (ohne den Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung) im Schuljahr 2013/14 gegenüber 1990/91 um mehr als drei Viertel zurückgegangen. Dies ist nur zu einem geringeren Teil auf den demografischen Wandel zurückzuführen, denn im gleichen Zeitraum hat die Anzahl der Schüler, die eine Hochschulzugangsberechtigung erworben haben, leicht zugenommen (1,18 Mio. im Schuljahr 2013/2014 gegenüber 1,08 Mio. im Schuljahr 1990/1991). Diese Zahlen belegen, dass die Akzeptanz einer Berufsausbildung bei den polnischen Jugendlichen in letzten 25 Jahren massiv eingebrochen ist. Immer weniger junge Menschen entscheiden sich für eine berufliche Ausbildung ohne direkte Hochschulzugangsberechtigung.



534.000 Jugendliche besuchten im Schuljahr 2013/2014 ein Technikum (Berufsausbildung mit Abitur) und nur 184.000 einen beruflichen Grundbildungsgang (Berufsgrundschule oder duale Berufsausbildung). 84 Prozent der Auszubildenden Polens absolvierten eine Ausbildung in staatlichen vollzeitschulischen Ausbildungsgängen (an 4.250 Berufsgrundschulen und Technika), in denen aktuell 200 verschiedene Ausbildungsberufe zur Wahl stehen. Die verbleibenden 16 Prozent wurden dual im Handwerk ausgebildet, in dem gegenwärtig 110 verschiedene Ausbildungsberufe angeboten werden.

Insgesamt entscheiden sich derzeit rund drei Viertel der Jugendlichen, die eine Berufsausbildung durchlaufen, für einen doppelt qualifizierenden Ausbildungsgang an einem Technikum. Diese Jugendlichen haben im Anschluss an die Ausbildung die Wahlfreiheit zwischen Eintritt ins Berufsleben oder Aufnahme eines Studiums.

Tabelle 1: Bestand an Schülern in der Sekundarstufe II nach Schulart in 1.000

Schuljahr	Berufsausbildung dual/vollzeitschulisch	Berufsausbildung mit Abitur	allgemeinbildende Sekundarschulen	Schüler Insgesamt
1990/1991	815	637	445	1.897
1995/1996	722	838	683	2.243
2000/2001	542	977	924	2.443
2005/2006	233	744	739	1.716
2010/2011	225	596	635	1.456
2012/2013	197	550	580	1.327
2013/2014	184	534	574	1.292

Quelle: Central Statistical Office Poland, 2015, 139; eigene Berechnungen

Im Schuljahr 2013/14 strebten 86 Prozent aller Schüler in der Sekundarstufe II einen Abschluss mit Hochschulzugangsberechtigung an. Das heißt, der Akademisierungstrend ist nach wie vor ungebrochen. Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass Polen bereits im Jahr 2013 den von der EU-Kommission für die Altersgruppe der 30- bis 34-Jährigen für das Jahr 2020 angestrebten Akademikeranteil von 40 Prozent erreicht hat und sich damit um drei Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt befindet (Europäische Kommission, 2014, 35 ff.).

Die national fixierte Zielgröße Polens liegt mit 45 Prozent deutlich über der europäischen Zielmarke. Dies überrascht insofern, da seit 2010 Kampagnen gestartet wurden, die auf eine Stärkung der beruflichen Bildung abzielen. Das heißt, einerseits sollen sich mehr Jugendliche für eine Berufsausbildung entscheiden, und andererseits ist man bestrebt, den Akademikeranteil weiter zu erhöhen. Diese konträr erscheinenden Ziele lassen sich nur realisieren, wenn der Anteil der Jugendlichen, die im Anschluss an ihre Berufsausbildung ein Studium absolvieren, weiter gesteigert wird. Dies legt den Schluss nahe, dass im Bereich der beruflichen Bildung auch zukünftig verstärkt auf den doppelt qualifizierenden Ausbildungsgang Technikum (Berufsausbildung mit Abitur) gesetzt wird. Denn nur so lassen sich beide Ziele erreichen.



Unternehmensbeteiligung

Nach Informationen des KOWEZiU sind die beruflichen Schulen und Zentren für die berufspraktische Ausbildung angehalten, enger mit (regionalen) Unternehmen zu kooperieren, um einerseits den Praxisbezug der Berufsausbildung zu erhöhen und andererseits Kosten im Ausbildungsbetrieb einzusparen. Es gibt es jedoch keine verbindlichen Vorgaben zur Zusammenarbeit, sodass man auf das Engagement der Akteure vor Ort angewiesen ist. Vertreter des KOWEZiU wiesen darauf hin, dass die beruflichen Schulen untereinander im Wettbewerb stehen und somit ein Anreiz bestünde, eine qualitativ hochwertige praxisnahe Ausbildung anzubieten. Dies trifft jedoch nur auf einige städtische Ballungszentren wie z. B. Katowice, Warschau oder Łódź zu. In weiten Teilen des Landes ist auch aufgrund der geringen Inlandsmobilität der polnischen Jugendlichen keine Wettbewerbssituation unter den beruflichen Schulen gegeben.

Da die staatliche Berufsausbildung in Polen weitgehend schulisch organisiert ist, und nur wenige quantitative Informationen über die Zusammenarbeit von beruflichen Schulen und Arbeitgebern vorlagen, hat das KOWEZiU im Rahmen eines Monitorings im Jahr 2013 eine umfangreiche Befragung zu dieser Thematik durchgeführt. Danach kooperierten 55 Prozent der beruflichen Schulen mit Arbeitgebern (Pfeiffer, 2013, 9 ff.). Jedoch ist in diesem Kontext zu beachten, dass die häufigsten Formen der Zusammenarbeit wie Beratungen, Organisation von Fachausflügen, Lehrmaterialien für den Unterricht und Organisation von Wettbewerben keinen substantiellen Beitrag zur Verbesserung der Qualität der beruflichen Bildung leisten.

Abbildung 2: Formen der Zusammenarbeit von beruflichen Schulen und Arbeitgebern



Quelle: Pfeiffer, 2013, KOWEZiU (Hrsg.)



Kooperationsformen, die die Arbeitsmarktorientierung der beruflichen Schulen deutlich verbessern können, wie z. B. Berufspraktika für Schüler, Lehrerpraktika, Unterricht von Berufspraktikern in den Schulen oder Gründung von Patronatsklassen, stellen nach den Ergebnissen der Befragung eher die Ausnahme dar.

Seitens der Berufsbildungspolitik ist man sich dieser Problematik bewusst. Daher wurden im Zuge der Reform von 2012 neue Rahmenbedingungen geschaffen, um die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Arbeitgebern zu erleichtern. Insbesondere die Partizipationsmöglichkeiten der Arbeitgeber wurden deutlich ausgeweitet. Diese sind nun berechtigt,

- sich an der Erstellung der Lehrpläne, insbesondere der im Bereich der praktischen Berufsausbildung, zu beteiligen,
- bei der Durchführung des praktischen Teils der Berufsprüfung mitzuwirken und
- als Prüfer an den Berufsprüfungen teilzunehmen.

Diese Maßnahmen sollen Arbeitgeber motivieren, sich stärker im Bereich der Berufsausbildung zu engagieren. Bislang ist das Bewusstsein der Betriebe, dass Investitionen in die Berufsbildung sich mittel- bis langfristig rechnen, wenig verbreitet. Die Tatsache, dass ein Umgang der Schüler mit moderner Ausrüstung und Technologien, wie sie im betrieblichen Alltag genutzt werden, für Arbeitgeber die Einarbeitungszeit verkürzt und somit Kosten spart, scheint vielfach noch nicht im Bewusstsein der polnischen Wirtschaft verankert. Dies könnte auch mit der weiter oben angeführten Wirtschaftsstruktur Polens zusammenhängen, die in hohem Maße von Kleinstbetrieben dominiert wird. Solchen Betrieben fehlt häufig Zeit und Geld für eine Ausbildung des Nachwuchses.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass seit der Bildungsreform im Jahr 2012 die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Akteure vor Ort deutlich gestiegen sind. Jede Schule hat nunmehr die Möglichkeit, im Einklang mit den Rahmenlehrplänen eigene Fachcurricula zu entwickeln. Im Idealfall sollen Schulleitung, Unternehmen, Fachlehrer etc. an der Erarbeitung der Curricula beteiligt werden, um somit besser auf die Erfordernisse der regionalen Arbeitsmärkte eingehen zu können. Da diese Form der Mitbestimmung in der beruflichen Bildung in Polen neu ist, liegt es auf der Hand, dass sich die Beteiligung vor Ort noch in Grenzen hält und sich die beruflichen Schulen in der Regel den Musterlehrplänen des KOWEZiU bedienen. Mittels E-Learning versucht das KOWEZiU, Lehrer, Schulleitungen und Unternehmen zu befähigen, in Zukunft mehr Initiative bei der Erstellung passgenauerer Curricula zu entwickeln.

3 Qualitätssicherung und Standards

Instrumente und Zuständigkeiten

Die Leitlinien zur Sicherung der Qualität der Bildung (allgemeine und berufliche) sind in folgenden Rechtsgrundlagen fixiert:

- die Verordnung des Ministers für nationale Bildung vom 7. Oktober 2009 über pädagogische Aufsicht,
- die Verordnung des Ministers für Bildung und Sport vom 20. Dezember 2003 über die Zulassung von Einrichtungen und Zentren für Weiterbildung.



Die Verordnung über die pädagogische Aufsicht soll dazu beitragen, die Qualität in der Bildung zu sichern. Für die Umsetzung sind in erster Linie staatliche Bildungsinspektoren verantwortlich, die die Qualität der allgemeinen und beruflichen Bildung überwachen und Empfehlungen zur Optimierung der Bildung unterbreiten sollen (KOWEziU, 2013, 1 f.).

Deren Prüfspektrum umfasst vier Bereiche der (beruflichen) Bildung:

1. die Lernergebnisse in den Schulen / Berufsbildungszentren,
2. die organisatorischen Abläufe in den Schulen / Berufsbildungszentren,
3. die Arbeit der Schulen im regionalen Umfeld; Kooperation mit den Akteuren vor Ort von den Eltern bis zu den Arbeitgebern,
4. die Arbeit des Schulmanagements bzw. Leitung der Berufsbildungszentren.

In den genannten Bereichen wird eine permanente externe Evaluierung durchgeführt, die die Grundlage für die Bewertung auf einer Skala von A (am besten erfüllt) bis E (unzureichend erfüllt) ist. Diese Ergebnisse verpflichten die Leiter der Berufsbildungszentren, auch interne Evaluationen durchzuführen, um die eigene Performance zu verbessern.

Zudem soll die interne Evaluation dazu beitragen, Informationen über die Qualität der eigenen Arbeit zu gewinnen und die Wirksamkeit von eingeleiteten Verbesserungen zu überprüfen. Die von den Wojewodschaften eingesetzten Schulinspektoren sind darüber hinaus verpflichtet, einen jährlichen Bericht zu erstellen, der an das Ministerium weitergeleitet wird. Dem KOWEziU dienen diese Berichte unter anderem auch als Grundlage für die Erarbeitung von Weiterbildungskonzepten für das Lehrpersonal sowie für Unterstützungsangebote bei der Umsetzung der Reformen. Vielfach handelt es sich hierbei um webbasierte E-Learning-Tools.

Neben den Schulinspektoren existieren externe Prüfungsausschüsse mit acht Regionalstellen, die vom Bildungsministerium überwacht werden. Landesweit wird nach einheitlichen Kriterien geprüft, ob die Lernziele der Rahmenlehrpläne erfolgreich umgesetzt werden. Im Zuge der Bildungsreform 2012 wurde eine Datenbank „Schulinformationssystem“ eingeführt. Hierbei handelt es sich um ein online-basiertes Informationssystem, in welches die Schulen die für die Bildungspolitik relevanten Daten einzugeben haben. Mit dieser Datenbank möchte man zusätzliche Informationen erhalten, um die berufliche Bildung zielgerichtet verbessern zu können (ReferNet, 2014a, 41 ff.).

Beispielsweise liegen keine gesicherten Informationen vor, in welchem Umfang sich Absolventen der Technika für eine Ausübung ihres erlernten Berufs oder für ein Studium entscheiden. Solche Daten sollen zukünftig durch das Schulinformationssystem erfasst werden.

Darüber hinaus gibt es noch weitere Maßnahmen zur Qualitätssicherung in der beruflichen Bildung – jedoch zumeist auf freiwilliger Basis. Im Rahmen des ESF-kofinanzierten Projekts „Berufsschule, eine Schule der positiven Wahl“, wurden in Anlehnung an die Empfehlung des Europäischen Parlaments vom 18. Juni 2009 zur Einrichtung eines europäischen Referenzrahmens zur Qualitätssicherung in der allgemeinen und beruflichen Bildung in Polen nationale Standards entwickelt.



Das Hauptziel ist es, Schulleiter und Lehrer bei der Entwicklung interner Qualitätssicherungssysteme zu betreuen und bei der Vorbereitung interner Evaluationen zu unterstützen. Es handelt sich hierbei um ein umfassendes Dokument, welches alle Bereiche der beruflichen Entwicklung und auch die durch die Reform 2012 eingetretenen Veränderungen berücksichtigt. Die Schulleitungen sind aufgefordert, Soll-Ist-Abgleiche durchzuführen und auf festgestellte Defizite zu reagieren. Die neuen nationalen Standards sollen gleichzeitig auch zur Umsetzung der europäischen EQARF/EQAVET-Initiative dienen (KOWEZiU, 2013, 3 ff.).

Des Weiteren wurde für alle öffentlichen und privaten Einrichtungen der beruflichen Aus- und Weiterbildung im Januar 2004 ein Akkreditierungskonzept entwickelt. Auf freiwilliger Basis können sich Berufsbildungseinrichtungen akkreditieren lassen und damit nach außen hin zeigen, dass sie sich an die Verfahren der Qualitätssicherung gebunden fühlen. Die Akkreditierung, die von regionalen Schulinspektoren durchgeführt wird; kann sich auf das komplette Bildungsangebot der Einrichtungen beziehen oder nur einen Teil umfassen. Akkreditierte Berufsbildungszentren können sich auf Antrag bei den Landesarbeitsämtern registrieren und in deren Datenbanken aufnehmen lassen. Lokale Arbeitsämter sind verpflichtet, diese Datenbanken bei öffentlich geförderten Maßnahmen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu verwenden.

Ob diese Maßnahmen zu Verbesserung der Qualität in der beruflichen Bildung die gewünschte Wirkung erzielen, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abschließend beurteilt werden. Kritisch ist jedoch anzumerken, dass zahlreiche Berufsbildungszentren aufgrund finanzieller Engpässe nur wenig Spielraum für kostenintensive Innovationen haben.

Anforderungen an das Ausbildungspersonal

Die qualifikatorischen Voraussetzungen des Bildungspersonals an beruflichen Schulen sind gesetzlich geregelt. Lehrer im Bereich der allgemeinbildenden Ausbildung müssen ein abgeschlossenes Magisterstudium oder Berufsstudium (*studia zawodowe*) in Verbindung mit einer entsprechenden pädagogischen Ausbildung (mindestens 270 Unterrichtsstunden) vorweisen. Fremdsprachen können auch von Lehrern, die ein Fremdsprachenlehrerkolleg absolviert haben, unterrichtet werden.

Bei Lehrern im Bereich der berufsfachlichen Ausbildung hängen die qualifikatorischen Anforderungen davon ab, ob sie fachtheoretische oder fachpraktische Lehrinhalte vermitteln. Bei fachtheoretischen Lehrinhalten wird ein Berufsstudium in Verbindung mit einer entsprechenden pädagogischen Ausbildung benötigt. Für die Vermittlung der fachpraktischen Inhalte ist kein Studium erforderlich; es reichen z. B. der Abschluss des Technikums, eine zweijährige Berufserfahrung sowie ein pädagogischer Vorbereitungskurs mit einem Umfang von mindestens 150 Stunden (BQ-Portal, 2015).

Nicht gesetzlich geregelt ist der Umfang der beruflichen Weiterbildung bzw. der Erwerb von Kenntnissen bei der Einführung neuer Technologien und Lernmethoden. Das KOWEZiU hält hier an breites Angebot an Fortbildungsmaßnahmen vor, jedoch hängt es vom Engagement der Lehrer ab, ob dies auch in Anspruch genommen wird.

Zudem spielte bis in die jüngste Vergangenheit das Thema „Berufsberatung“ bei der Lehrerfortbildung kaum eine Rolle. Hierauf wird an anderer Stelle noch näher eingegangen.



Mindeststandards bei Prüfungen

Prüfungsrelevant sind die in den Rahmenlehrplänen beschriebenen Lernziele. Hier ist fixiert, was ein Auszubildender nach Abschluss der Ausbildung beherrschen muss. Diese Ziele stellen somit ein entscheidendes Kriterium bei der Einhaltung der Mindeststandards dar.

Zudem wurden ab 2004 schrittweise landesweit einheitliche Berufsprüfungen eingeführt, für deren Durchführung eine zentrale Prüfungskommission (*Centralna Komisja Egzaminacyjna*) verantwortlich ist. Damit soll garantiert werden, dass alle polnischen Ausbildungsabsolventen über die für die Berufsausübung erforderlichen Basisqualifikationen verfügen. Bei Bestehen der Abschlussprüfung erhalten die Absolventen ein „Diplom zur Bestätigung der beruflichen Qualifikationen“ (*Dyplom potwierdzający kwalifikacje zawodowe*). Dieses kann sowohl auf dem Niveau eines Facharbeiters/Fachangestellten als auch dem eines polnischen Technikers erlangt werden. Im Zuge der Reform 2012 wurden landesweit einheitliche Prüfungen für die einzelnen Fachmodule eingeführt. Auch die vom Zentralverband des polnischen Handwerks (ZRP) abgenommen Prüfungen sind an die gesetzlichen Vorgaben gebunden und müssen gewisse Qualitätsstandards erfüllen.

Rechte und Pflichten der Auszubildenden

Das Thema Rechte und Pflichten von Auszubildenden spielt in den bildungspolitischen Diskussionen Polens kaum eine Rolle. Um ihm mehr Beachtung zu schenken, wurde 2013 eine Kampagne unter dem Motto „Sicher von Anfang an“ gestartet, die Auszubildende, junge Arbeitnehmer sowie Arbeitgeber über deren Rechte und Pflichten sensibilisieren soll. Diese zeigt bislang jedoch wenig Wirkung. Bei den Rechten und Pflichten von Auszubildenden ist zwischen vollzeitschulischen und dualen Ausbildungsgängen zu differenzieren.

Bei den vollzeitschulischen Ausbildungsgängen sind die Rechte und Pflichten der Auszubildenden in den Satzungen der beruflichen Schulen geregelt, deren gesetzliche Grundlage die Verordnung über das Recht auf Bildung aus dem Jahr 1991 darstellt (USTAWA, 1991). In den meisten Satzungen finden sich Passagen, nach denen Schüler Einfluss auf die Durchführung der Ausbildung nehmen können. Befragungen von Experten sowie umfangreiche Recherchen legen jedoch den Schluss nahe, dass von diesen Möglichkeiten kaum Gebrauch gemacht wird (Regulamin Praw i Obowiazkow Uczniow, o. J., 1 ff.).

Jugendliche in einer dualen Ausbildung werden in Polen offiziell als „junge Arbeitnehmer“ bezeichnet. Da diese Jugendlichen die Ausbildung in der Regel im Alter von 16 Jahren beginnen, unterliegen sie dem polnischen Jugendschutzgesetz, haben aber ansonsten die gleichen Rechte und Pflichten wie Arbeitnehmer. Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, findet die duale Ausbildung im Handwerk in der Regel in Kleinbetrieben mit weniger als zehn Beschäftigten statt, daher sind betriebliche Arbeitnehmervertretungen (Betriebsrat, Auszubildendenvertretungen) von wenigen Ausnahmen abgesehen nicht existent.



4 Teilnehmer und Akzeptanz

Jugendliche in der beruflichen Bildung

Polen verzeichnet eine sehr homogene Struktur von Jugendlichen in der beruflichen Erstausbildung. Nach Beendigung der 9-jährigen Pflichtschule im Alter von 16 Jahren beginnen die Jugendlichen ihre Berufsausbildung. Es finden sich kaum Absolventen von Lyzeen an Berufsschulen bzw. an *Technika*, da diese die Möglichkeit haben, auf sogenannten post-lyzealen Schulen (*Szkoła policealna*) einen Berufsabschluss zu erwerben. Zudem gibt es nahezu keine Auszubildenden mit Migrationshintergrund.

Im Schuljahr 2013/14 haben sich insgesamt 55 Prozent der Absolventen der Sekundarstufe I für die Aufnahme einer Berufsausbildung entschieden. In Anbetracht des schlechten Images der beruflichen Bildung und des starken Trends in Richtung Studium ist dieser Anteil überraschend hoch. Jedoch belegen die Angaben in Tabelle 2 aber auch, dass sich zwei Drittel der Jugendlichen, die eine Berufsausbildung begonnen haben, für einen doppelt qualifizierenden Bildungsgang – Berufsausbildung mit Abitur entschieden haben. Über 80 Prozent der Jugendlichen, die 2013/14 in die Sekundarstufe II wechselten, strebten somit einen Abschluss an, der einen direkten Übergang zur Hochschule ermöglicht. Der Anteil dieser Schüler ist seit dem Schuljahr 2006/07 weitgehend konstant.

Tabelle 2: Anteil der Schüler und Auszubildenden in der Sekundarstufe II nach Schulart
Basis: Ausbildungsanfänger

Schuljahr	Berufsausbildung dual/vollzeitschulisch in Prozent	Berufsausbildung mit Abitur in Prozent	allgemeinbildende Sekundarschulen in Prozent	Schüler insg. in 1.000
2006/2007	18,1	37,4	44,5	564
2010/2011	19,7	34,6	45,8	462
2011/2012	19,5	35,3	45,2	432
2012/2013	18,5	36,1	45,4	413
2013/2014	18,6	37,0	44,4	397

Quelle: Ministerstwo Edukacji Narodowej, 2014, 5; eigene Berechnungen

Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Eine hohe Jugendarbeitslosigkeit von knapp 24 Prozent im Jahresdurchschnitt 2014 sowie die schlechten Verdienstmöglichkeiten der beruflich Qualifizierten tragen maßgeblich zur Akademisierung Polens bei.

Ansehen der beruflichen Bildung

Die berufliche Bildung in Polen genießt ein geringes Ansehen. Die Ursachen sind, wie bereits eingangs erläutert, zum großen Teil auch historisch begründet. In den 1990er-Jahren ging man davon aus, dass für eine erfolgreiche Einführung der Marktwirtschaft viele Akademiker benötigt würden, was zu einer Vernachlässigung der beruflichen Bildung führte. Aufgrund des Akademi-



kermangels nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Ära stand diese Entwicklung lange Zeit im Einklang mit den bildungspolitischen Zielen Polens. Folglich gab es einen breiten gesellschaftlichen und politischen Konsens, möglichst viele Jugendliche zum Studium zu motivieren.

Erst vor wenigen Jahren setzte seitens der Politik ein Umdenkprozess ein. Dieser wurde begleitet von einer breit angelegten Medienkampagne, in der in Fernsehspots und Plakatwerbung für die Berufsbildung geworben wurde. Der Slogan lautete „Berufsschule – Schule der positiven Wahl“ (Europäische Kommission, 2014, 5).

Die Meinungen der befragten Experten über den Erfolg dieser Kampagne sind gespalten. Einige werten es als positiv, dass der Anteil der Jugendlichen, die sich für eine Berufsausbildung entschieden haben, nicht weiter zurückgegangen ist. Andere sind der Meinung, diese Kampagne hat wenig Erfolg gehabt, da der Anteil der Jugendlichen, der eine berufliche Erstausbildung (ohne gleichzeitigen Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung) begonnen hat, nach wie vor unter der 20-Prozent-Marke liegt (vgl. Tabelle 2).

Vom negativen Image der Berufsbildung sind somit vor allem die Ausbildungsgänge an Berufsgrundschulen sowie die duale Berufsausbildung betroffen. Technika, die eine Berufsausbildung mit Abitur anbieten, sind für viele Jugendliche eine interessante Alternative zu den allgemeinbildenden Sekundarschulen. Der Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung bei gleichzeitigem Berufsabschluss dauert nur ein Jahr länger als der Abschluss an allgemeinbildenden Sekundarschulen (vgl. Abbildung 1).

Wie bereits weiter oben festgestellt, trägt die ungünstige Arbeitsmarktlage für berufliche Qualifizierte in entscheidendem Maße dazu bei, dass sich ein großer Teil der Absolventen von Technika für die Aufnahme eines Studiums entscheidet. Dies verfestigt den Trend unter den polnischen Jugendlichen, eine akademische Laufbahn einzuschlagen. Nach einer Erhebung der OECD aus dem Jahr 2014 gehen 70 Prozent der polnischen Jugendlichen davon aus, vor ihrem 25. Lebensjahr ein Hochschulstudium zu beginnen. Damit belegt Polen den Platz zwei unter den 35 OECD-Ländern (OECD, 2014).

Durchlässigkeit

Mit der Bildungsreform von 2012 wurde das polnische Berufsbildungssystem gestrafft und die Durchlässigkeit erhöht bzw. die Übergänge zwischen allgemeinbildender und beruflicher Bildung erleichtert. Auch die bessere Verzahnung von beruflicher Erstausbildung und Erwachsenenbildung zählte nach Informationen von Vertretern des KOWEZiU zu den zentralen Bausteinen der Reform.

Jeder Auszubildende kann nach vier (Technikum) bzw. fünf Jahren (berufliche Grundbildung – Berufsgrundschule oder duale Ausbildung mit anschließendem ergänzendem Lyzeum) die allgemeine Hochschulreife erlangen. Einzig nach Meisterabschlüssen gibt es im Gegensatz zu Ländern wie Deutschland keinen direkten Zugang zur Hochschule.

Insbesondere das Technikum mit seinen doppelt qualifizierenden Abschlüssen (Berufsausbildung mit Abitur) trägt maßgeblich dazu bei, dass gegenwärtig noch mehr als die Hälfte der polnischen Jugendlichen eine Berufsausbildung absolvieren. Eine Berufsausbildung genießt unter



polnischen Jugendlichen dann eine hohe Akzeptanz, wenn sie mit dem Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung einhergeht bzw. ein hohes Maß an Durchlässigkeit in den tertiären Bildungsbereich gegeben ist.

Bevölkerungsprognose

Polen zählt zu den EU-Ländern, deren Bevölkerung nach den Prognosen von Eurostat in den nächsten Jahrzehnten mit am stärksten schrumpfen wird und zwar um knapp 10 Prozent bis zum Jahr 2050. Für den gleichen Zeitraum wurde für die EU ein Bevölkerungswachstum von 3,4 Prozent errechnet (Eurostat, 2014).

Bereits seit dem Schuljahr 2000/2001 verzeichnet Polen massive Rückgänge bei den Schülerzahlen. Während um die Jahrtausendwende noch mehr als 7,4 Millionen Jugendliche an Polens Schulen lernten, waren es 13 Jahre später (Schuljahr 2013/2014) gerade einmal knapp über 5 Millionen. Dies entspricht einem Rückgang von über 30 Prozent. Der Anteil der Schüler an der Gesamtbevölkerung reduzierte sich demzufolge von 19,4 auf 13,2 Prozent.

Tabelle 3: Entwicklung der Schülerzahlen in Polen vom Schuljahr 1990/1991 bis 2013/2014

Schuljahr	Schüler an Primar- und Sekundarschulen	Anteil der Schüler an der Gesamtbevölkerung in Prozent
1990/1991	7.516.356	19,7
1995/1996	7.780.198	20,2
2000/2001	7.404.385	19,4
2005/2006	6.550.013	17,2
2010/2011	5.505.946	14,3
2013/2014	5.083.058	13,2

Quelle: Central Statistical Office; Education in School Year 2013/2014, Warszawa 2015, 137

Trotz des stark rückläufigen Fachkräftenachwuchses verzeichnet Polen mit knapp 24 Prozent eine nach wie vor hohe Jugendarbeitslosigkeit und das Thema „Fachkräftemangel“ bei beruflich Qualifizierten spielt derzeit nur eine untergeordnete Rolle.

Jedoch ist absehbar, dass die demografische Entwicklung auch in Polen binnen weniger Jahre zu Fachkräfteengpässen führen wird. Allerdings existieren mehrere Optionen, eventuelle Lücken zu schließen. Selbst wenn das Land seine starre Haltung gegen eine Zuwanderung aus nicht-europäischen Staaten beibehalten sollte, verfügt Polen aufgrund der relativ geringen Erwerbstätigenquote von 61,4 Prozent über eine beachtliche inländische Arbeitskräftereserve (die Erwerbstätigenquote lag 2014 um mehr als 10 Prozentpunkte unter der Deutschlands). Außerdem dürfte bei günstigeren Arbeitsmarktperspektiven ein Teil der 2,7 Millionen im Ausland beschäftigten Polen zu einer Rückkehr bereit sein (Brill, 2014).



Berufsberatung

Der Berufsberatung wurde in Polen lange Zeit wenig Bedeutung beigemessen. Da von staatlicher Seite hierfür kaum finanzielle Mittel vorgesehen waren, gab es in den meisten Sekundarschulen kein strategisches Konzept, die Schüler umfassend über die unterschiedlichen Bildungswege und die anschließenden Karrieremöglichkeiten zu informieren. In der Regel wurde die Berufsberatung an die Lehrer delegiert, die im Rahmen der normalen Unterrichtsstunden die Schüler zumeist sporadisch darüber informierten, welche Bildungsangebote existieren. Aufgrund fehlender Informationen über die berufliche Bildung und des akademischen Backgrounds tendierten viele Lehrer dazu, ihren Schülern eine akademische Ausbildung zu empfehlen.

Da auch von politischer und gesellschaftlicher Seite das Studium gegenüber einer Berufsausbildung favorisiert wurde, wurde von vielen Jugendlichen die Option, eine berufliche Erstausbildung anzustreben, erst gar nicht in Erwägung gezogen. Hinzu kommt, so die Ergebnisse einer Befragung von polnischen Jugendlichen, dass rund zwei Drittel der Schulabgänger der unteren Sekundarschulen ihre Entscheidung für eine weitere schulische oder berufliche Laufbahn ohne Einschaltung eines Berufsberaters getroffen haben. Dies hat den Trend zur Aufnahme eines Studiums zweifelsohne verstärkt (ReferNet, 2014b).

Im Zuge der Kampagnen zur Steigerung der Attraktivität der beruflichen Bildung gewann auch das Thema „Berufsberatung“ an Bedeutung. Nach Aussagen der Vertreter des KOWEziU zählt die Verbesserung der Berufsberatung gegenwärtig zu den wichtigsten bildungspolitischen Weichenstellungen, da sie von großer Bedeutung für eine Steigerung der Akzeptanz der beruflichen Bildung ist.

Seit der Reform 2012 sind nun alle Sekundarschulen verpflichtet, eine systematische Berufsberatung zu etablieren, bei der insbesondere die Situation auf den regionalen Arbeitsmärkten stärker zu berücksichtigen ist. Um dies zu realisieren, sollen nach Informationen des KOWEziU

- Ergebnisse der Arbeitsmarktforschung Eingang in die Berufsberatung haben,
- Berufsberater ihre Kenntnisse im Bereich der beruflichen Bildung erweitern und
- Unternehmer – insbesondere auf regionaler Ebene – stärker in die Berufsberatung einbezogen werden.

Um den Aufbau der Berufsberatung zu begleiten, wurden vom KOWEziU Online-Kurse zur Weiterbildung des Fachpersonals entwickelt und Berater qualifiziert, die die Schulen vor Ort bei der Implementierung der Berufsberatung unterstützen sollen. Ferner wird empfohlen, Elternvertreter an diesem Prozess zu beteiligen, um die gesellschaftliche Akzeptanz der Neuausrichtung der Berufsberatung sicherzustellen.

Probleme bei der Umsetzung der Reformen könnten jedoch die mangelnde Verfügbarkeit an qualifiziertem Personal sowie die Finanzierung der Schulen vor Ort darstellen. Zwar können die Schulen bei den Kommunen Finanzierungsanträge stellen, fraglich ist jedoch, ob die gewährten Mittel zur Umsetzung der angestrebten Reformen ausreichen werden (ReferNet, 2014b).

Auch wenn die Berufsberatung ein wichtiger Mosaikstein zur Steigerung der Attraktivität der Berufsbildung darstellt, kommt es letztlich auf die „Hard Facts“ wie Einkommen, Karrierechan-



cen, Arbeitsmarktperspektiven etc. an. Angesichts der hohen Jugendarbeitslosigkeit dürften sich viele Berufsberater schwer tun, den Jugendlichen eine Berufsausbildung zu empfehlen.

Risikoschüler

Für junge Menschen mit Behinderungen gibt es in Polen 448 Sonderschulen mit 3-jährigen Berufsbildungsgängen (*szkola specjalna*), die auf die Ausübung eines Berufs vorbereiten. Die Lehrpläne dieser Schulen und der Ablauf der Ausbildung sind den Bedürfnissen und Fähigkeiten der Schüler angepasst. Nach Abschluss erhalten sie ein Zertifikat, das sie zur Ausübung bestimmter Arbeiten befähigt. Dies ist jedoch nicht mit einer vollwertigen Berufsqualifikation gleichzusetzen (Cedefop, 2012, 14; Cedefop, 2013, 14 und 16).

Nach Informationen von Vertretern des KOWEZiU eröffnet die Modularisierung der Lehrpläne auch den Jugendlichen mit Lernschwierigkeiten einen erleichterten Einstieg ins Berufsleben. Denn bereits nach erfolgreichem Abschluss eines Moduls können sich die Jugendlichen mit den erworbenen Teilqualifikationen auf dem Arbeitsmarkt bewerben und die noch fehlenden Fachmodule zur Erlangung eines Berufsabschlusses zu einem späteren Zeitpunkt nachholen. Derzeit liegen noch keine gesicherten Informationen vor, in welchem Umfang von diesen neuen Angeboten Gebrauch gemacht wird.

5 Arbeitsmarktorientierung und Mobilität

Einmündung von Ausbildungsabsolventen in den Arbeitsmarkt

Am Jahresende 2014 waren 15,6 Millionen Personen erwerbstätig, die Zahl der registrierten Arbeitslosen lag bei knapp über 1,4 Millionen, was einer Quote von 9 Prozent entsprach. Die Jugendarbeitslosenquote der 18 bis 24-Jährigen betrug im Jahresdurchschnitt 2014 23,9 Prozent und war damit etwas höher als der EU-Durchschnitt von 22 Prozent.

Derzeit gibt es keine detaillierten Statistiken zum Verblieb von Jugendlichen nach Abschluss der Ausbildung. Schätzungen gehen davon aus – so die Informationen der Interviewpartner vom ZRP – dass nur rund 15 Prozent der polnischen Jugendlichen, die eine berufliche Erstausbildung in einem Handwerksbetrieb oder an einer Berufsgrundschule abschließen, im direkten Anschluss an ihre Ausbildung einen Arbeitsplatz erhalten.

Dieser Befund unterstreicht die Notwendigkeit, Unternehmen stärker in die Berufsausbildung einzubeziehen. Die derzeit noch unzureichende Arbeitsmarktorientierung der beruflichen Bildung ist zudem aber auch auf die vielfach schlechte finanzielle Lage der Kommunen zurückzuführen, die für das Betreiben der Berufsgrundschulen bzw. Berufsbildungszentren verantwortlich sind. Es kann durchaus vorkommen, dass sich das Angebot an Berufsausbildungsgängen eher an der Finanzlage der Kommunen als an der Arbeitskräftenachfrage orientiert. Insbesondere in finanzschwachen ländlichen Regionen, in denen keine Konkurrenz zwischen beruflichen Schulen besteht, werden häufiger kostengünstigere Ausbildungsgänge im kaufmännischen oder Dienstleistungsbereich angeboten, unabhängig davon, ob solche Berufe auf den regionalen Arbeitsmärkten nachgefragt werden.



Zudem ist zu berücksichtigen, dass der praktische Teil der Berufsausbildung vielerorts in den Lehrwerkstätten der Berufsbildungszentren stattfindet. Diese sind oft mit veralteten Maschinen und Werkzeugen ausgestattet, die in Betrieben kaum mehr Verwendung finden. Nach Informationen einer befragten Expertin wurden Auszubildende im Jahr 2014 noch an Motoren des Polski-Fiat geschult, dessen Produktion im Jahre 2000 eingestellt wurde.

Arbeitsmarktperspektiven, Karrierechancen und Einkommen

Die Arbeitsmarktperspektiven bzw. Karrierechancen von beruflich Qualifizierten bedürfen einer differenzierten Betrachtung. Dabei sind folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- a) Welche Perspektiven ergeben sich im Anschluss an eine berufliche Erstausbildung?
- b) Welche Möglichkeiten zur Fortsetzung der beruflichen Bildung bestehen?
- c) Welche Verdienstmöglichkeiten haben beruflich Qualifizierte in Polen?
- d) Welche beruflichen Perspektiven ergeben sich durch Mobilität in Polen bzw. ins Ausland?

In den Jahren 2010 bis 2014 hat sich sowohl die Arbeitslosenquote insgesamt als auch die Jugendarbeitslosenquote kaum verändert. 2010 waren 9,7 Prozent der Erwerbspersonen arbeitslos, 2014 waren es 9,0 Prozent. Die Vergleichswerte von arbeitslosen Jugendlichen lagen bei 23,7 bzw. 23,9 Prozent.

Zudem ist das Risiko der Arbeitslosigkeit für berufliche Qualifizierte doppelt so hoch wie für Akademiker. Im Jahresdurchschnitt 2013 waren 11,5 Prozent der Erwerbspersonen mit einem höheren Sekundarabschluss arbeitslos; bei den Akademikern waren es hingegen nur 5,7 Prozent (Eurostat, 2015b).

Berücksichtigt man, dass Polen nach wie vor eine hohe Nettoabwanderung von Arbeitskräften ins EU-Ausland zu verzeichnen hat (zwischen 2011 und 2013 sind 250.000 polnische Arbeitskräfte netto nach Deutschland abgewandert), sind die inländischen Arbeitsmarktperspektiven für beruflich Qualifizierte in vielen Regionen Polens trotz leicht sinkender Arbeitslosenquoten eher ungünstig.

Der Übergang an der zweiten Schwelle – von der Berufsausbildung in Beschäftigung – stellt eines der zentralen Problemfelder der polnischen Berufsausbildung dar. Beispielsweise dauert es in Polen durchschnittlich zwei Jahre, bis beruflich Qualifizierte nach Abschluss der Berufsausbildung einen Arbeitsplatz finden (der Vergleichswert für Deutschland liegt bei einem Monat) (Montowska, 2013, 13).

Nach Informationen von Experten des Zentralverbands des polnischen Handwerks ZRP ist davon auszugehen, dass nur rund 15 Prozent der polnischen Auszubildenden im direkten Anschluss an ihre berufliche Erstausbildung einen Arbeitsplatz erhalten. Zudem ist zu berücksichtigen, dass nur 43 Prozent der beruflich Qualifizierten nach Abschluss der Ausbildung im erlernten Beruf arbeiten (Kabaj, 2013, 31).

Insgesamt sind die Arbeitsmarktperspektiven junger polnischer Fachkräfte im Anschluss an die Berufsausbildung mit vielen Unwägbarkeiten verbunden. Folglich ist es plausibel, dass die Mehrheit der polnischen Jugendlichen eine akademische Ausbildung anstrebt.



Auch die finanziellen Anreize, sich für eine Berufsausbildung zu entscheiden, sind derzeit gering. Die Ausbildungsvergütung eines polnischen Auszubildenden beträgt im ersten Lehrjahr vier Prozent des Durchschnittslohns einer ausgebildeten Fachkraft; im zweiten und dritten Ausbildungsjahr sind es gerade mal 6 Prozent (Montowska, 2013, 13). Deutsche Auszubildende erhalten hingegen in der Regel zwischen 20 und 40 Prozent der Vergütung einer Fachkraft (Bundesinstitut für Berufsbildung, 2014; Bundesagentur für Arbeit, 2014).

Auch die Einkommenssituation von beruflich qualifizierten Fachkräften ist in der Regel nicht attraktiv. Sie verdienen im Durchschnitt nur knapp 20 Prozent mehr als An- und Ungelernte, aber über 70 Prozent weniger als Akademiker.

Schlechte Arbeitsmarktperspektiven gepaart mit niedrigen Einkommen sind nach wissenschaftlichen Erhebungen die zentralen Faktoren für eine Arbeitsmigration ins europäische Ausland. In den westeuropäischen Ländern beträgt das Einkommen in etwa das Dreifache von dem, was in Polen gezahlt wird. Dort lag das monatliche Durchschnittseinkommen 2013 bei 900 Euro. Am stärksten ist die Abwanderung in den strukturschwachen Regionen Ostpolens, wo das Einkommen am niedrigsten und die Arbeitslosenquote mit fünf bis zehn Prozentpunkten über dem Landesdurchschnitt am höchsten ist (Brill, 2014).

Aufgrund der derzeitigen Arbeitsmarktlage und den sich bietenden Karrierechancen ist die geringe Neigung von polnischen Jugendlichen, sich für eine berufliche Erstausbildung zu entscheiden, absolut nachvollziehbar. Oftmals bietet ein akademischer Abschluss sowohl im In- als auch im Ausland die besseren Berufs- und Einkommensperspektiven.

Inlandsmobilität

Inlandsmobilität spielt in der beruflichen Bildung Polens nur eine untergeordnete Rolle. Dies ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. In der Regel beginnen die Jugendlichen ihre Berufsausbildung mit 16 Jahren. In diesem Alter möchten sie das Elternhaus noch nicht verlassen und umgekehrt sind viele Eltern auch nicht bereit, ihren Nachwuchs schon so früh ziehen zu lassen.

Hinzu kommt, dass eine Berufsausbildung häufig von Jugendlichen aus eher einkommenschwachen Haushalten angestrebt wird. Den Eltern fehlt häufig das Geld für die Unterstützung der Kinder. Zudem gibt es nur wenige Berufsbildungszentren, die Wohnheime für Auszubildende unterhalten.

Ferner ist von wenigen Ausnahmen abgesehen, das Angebot an Ausbildungsplätzen in den beruflichen Vollzeitschulen größer als die Nachfrage. Jugendliche, die keine ausgefallenen Berufswünsche haben, finden zumeist wohnortnah einen Ausbildungsplatz.

Auslandsmobilität

Die Förderung der internationalen Mobilität während der Berufsausbildung findet fast ausschließlich im Rahmen des EU-Programms Erasmus+ statt. Da keine weiteren nationalen Förderprogramme existieren, ist die Auslandsmobilität unter polnischen Auszubildenden sehr gering.



Anders stellt sich die Situation bei ausgebildeten Fachkräften dar. Nach Informationen des polnischen Statistikamtes lebten 2013 rund 2,2 Millionen Polen länger als drei Monate im Ausland. Fachleute gehen unter Einbeziehung der Dunkelziffer sogar von 2,6 bis 2,7 Millionen im Ausland lebenden Landsleuten aus. Zu den bevorzugten Zielländern der Polen zählen Großbritannien (650.000), Deutschland (560.000), Irland (115.000), Niederlande (103.000), Norwegen (71.000) und Frankreich (63.000) (Brill, 2014).

Insbesondere Deutschland verzeichnet seit 2011 einen sehr starken Anstieg bei der Zuwanderung polnischer Bürger. Zwischen 2011 und 2013 beläuft sich der Nettozuzug auf gut 200.000 Personen (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2015, 195 f.). Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die seit 2004 existierende Arbeitnehmerfreizügigkeit für EU-Bürger aus Osteuropa in Deutschland erst 2011 vollständig umgesetzt wurde.

Hauptgründe für die hohe Mobilität polnischer Arbeitskräfte sind, wie bereits erwähnt, in erster Linie die schlechten Verdienstmöglichkeiten im eigenen Land und die ungünstige Arbeitsmarktlage, insbesondere in den strukturschwachen Regionen Ostpolens. Da nach wie vor zahlreiche polnische Fachkräfte im EU-Ausland auf Arbeitsplatzsuche gehen, ist das Erlernen von Fremdsprachen während der Berufsausbildung ein viel diskutiertes Thema. Allerdings spielt die Vermittlung von Fremdsprachenkenntnissen in den beruflichen Grundbildungsgängen derzeit nur eine untergeordnete Rolle, was vor allem darauf zurückzuführen ist, dass eine Berufsausbildung an Berufsgrundschulen oder in dualen Ausbildungsgängen eher von leistungsschwächeren Jugendlichen gewählt wird.

Für polnische Arbeitskräfte ist eine internationale Mobilität nur erstrebenswert, wenn sie in den Zielländern auf eine entsprechende Arbeitskräftenachfrage treffen. Und hier zeigt sich, dass trotz aller Kritik am polnischen Berufsbildungssystem, polnische Fachkräfte in Westeuropa hinsichtlich Ausbildung und Qualifikationen eine hohe Wertschätzung genießen und in der Regel keine Schwierigkeiten haben, einen Arbeitsplatz zu finden.

6 Fazit

Die Analyse der Berufsausbildung in Polen zeigt sowohl Vorteile und Stärken, die als erfolgreiche Arbeitsprinzipien beschrieben werden können, als auch Handlungsbedarf auf. Folgende Kernergebnisse lassen sich im Hinblick auf Struktur, Rahmenbedingungen, Organisation, Qualitätssicherung und die zentralen Erfolgsfaktoren von Berufsausbildung beschreiben:

- **Doppelt qualifizierende Berufsbildungsabschlüsse** (Berufsabschluss mit gleichzeitiger Hochschulzugangsberechtigung), wie das polnische Technikum, könnten auch für andere Länder eine sinnvolle Ergänzung des jeweiligen Berufsbildungssystems darstellen. Diese Form der Berufsausbildung genießt in Polen eine hohe Akzeptanz. Ein großer Vorteil dieser Ausbildung besteht darin, dass Jugendliche im Alter von 16 Jahren noch keine wegweisenden Festlegungen treffen müssen. Nach vier Jahren Ausbildung und ersten Einblicken in das Berufsleben können die Ausbildungsabsolventen eine deutlich fundierte Entscheidung treffen, ob für sie eher ein Studium oder eine Arbeitsaufnahme in Frage kommt.



- Die vollzeitschulischen Berufsausbildungsgänge verzeichnen in Polen **mit einem Praxi-santeil von 50 (Technikum) bzw. 60 Prozent (Berufsgrundschule)** deutlich höhere Werte als in vielen anderen Ländern. Insbesondere dann, wenn es gelingt, diese Praxi-santeile in Form von betrieblichen Praktika zu absolvieren, dürfte dies die Arbeitsmarkt-relevanz der Berufsausbildung und damit auch die Arbeitsmarktchancen der Ausbildungs-absolventen erhöhen.
- Im Zuge der Bildungsreform 2012 wurden in Polen zahlreiche Beschlüsse **zur Flexibili-sierung und Regionalisierung der beruflichen Bildung** gefasst. Damit will man einer-seits die Passgenauigkeit von Ausbildung und regionalem Arbeitsmarkt stärken und andererseits die Reaktionszeit auf geänderte Rahmenbedingungen verkürzen. In diesem Kon-text ist darauf hinzuweisen, dass es seit 2004 in Polen landesweit einheitliche Berufsprü-fungen gibt. Das heißt, die Regionalisierung der Berufsbildung geht nicht zu Lasten der Vergleichbarkeit der Berufsbildungsabschlüsse, sondern jede Bildungseinrichtung ist nach wie vor verpflichtet, die prüfungsrelevanten „Kernfächer“ zu unterrichten. Die Strategie der Regionalisierung der Berufsbildung dürfte insbesondere in europäischen Flächenstaaten mit größeren regionalen Unterschieden eine vielversprechende Option darstellen. Jedoch gibt es hierfür keine Patentlösungen, sondern die eingeleiteten Maßnahmen müssen auf die Stakeholder, die Bedürfnisse der Jugendlichen und deren potenzielle Arbeitgeber ab-gestimmt sein.
- Polen zählt zu den Ländern, die eine **parallele Existenz von dualer Berufsausbildung und vollzeitschulischen Berufsausbildungsgängen** aufweisen. Zahlreiche Berufe kön-nen sowohl vollzeitschulisch als auch dual erlernt werden. Die polnische Berufsausbildung bewegt sich hier im Spannungsfeld zwischen Wettbewerb der Systeme und einheitliche Standards der Curricula bzw. Bildungsabschlüsse. Insbesondere die parallele Umsetzung von Reformen in beiden Subsystemen stellt häufig eine große Herausforderung für alle Beteiligten dar. Das heißt, Länder mit einer vollzeitschulischen Berufsausbildung, die die Implementierung einer dualen Berufsausbildung planen, sollten darauf achten, dass es einen breiten Konsens unter den Stakeholdern gibt, wie eine duale Berufsausbildung in das Berufsbildungssystem ihres Landes integriert werden kann.
- Die Berufsausbildung in Polen genießt eine geringe gesellschaftliche Akzeptanz. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass viele Jugendliche und deren Eltern über die Berufsaus-bildung und die Karrierewege von beruflich Qualifizierten schlecht informiert sind, was bis in die jüngste Vergangenheit auf eine kaum vorhandene bzw. **wenig strukturierte Be-ruufsberatung** zurückzuführen war. Nach Aussagen der Vertreter des KOWEZiU zählt die Verbesserung der Berufsberatung gegenwärtig zu den wichtigsten bildungspolitischen Weichenstellungen. Seit der Reform 2012 sind nun alle Sekundarschulen verpflichtet, ei-ne systematische Berufsberatung zu etablieren, die sich an den Erfordernissen der regio-nalen Arbeitsmärkte orientieren soll. Um dies zu realisieren, wurden umfangreiche Wei-terbildungsprogramme entwickelt. Das Spektrum reicht von Online-Kursen bis hin zu Vor-Ort-Schulungen.
- Lange Zeit existierten in Polen **zahlreiche Berufsbildungsgänge** mit unterschiedlichen Curricula (Berufsgrundschule, duale Berufsausbildung, technisches Lyzeum, Berufslyze-um, Technikum post-lyzeale Schulen) für die gleichen Berufe. Dies führte zu einer unnöti-gen Intransparenz bei der Einschätzung der Berufsbildungsgänge und der Berufsqualifika-



tionen. Einerseits war es für die Jugendlichen schwierig, eine passgenaue Entscheidung hinsichtlich der Berufsausbildung zu treffen, andererseits waren viele Arbeitgeber nicht umfassend informiert, welche Art der Berufsausbildung am besten auf die zu besetzenden Stellen passt. Grundlegende Reformen führten in den vergangenen Jahren zu einer Abschaffung einiger Schultypen und damit zu einer deutlichen Verschlankung des Berufsbildungssystems. Auch in anderen europäischen Ländern könnte geprüft werden, ob die dort bestehende Vielfalt an beruflichen Bildungsgängen erforderlich ist.



7 Literatur

BQ-Portal, 2014, Lernorttypen Polen, URL: <https://www.bq-portal.de/de/db/lernorttypen/883> [26.8.2015]

Brill, Klaus, 2014, Auswanderung in Osteuropa – Lieber wie die Deutschen leben, in: Süddeutsche Zeitung, 26.9.2014

Bundesagentur für Arbeit, 2014, Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigungsstatistik, Nürnberg

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2015, in: Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), Migrationsbericht 2013, Berlin

Bundesinstitut für Berufsbildung – BIBB, 2014, Datenbank Ausbildungsvergütungen, Bonn

Cedefop, 2013, Poland, VET in Europe – Country Report 2013, ReferNet

Cedefop, 2012, Poland, VET in Europe – Country Report 2012, ReferNet

EQAVET – European Quality Assurance in Vocational Education and Training, 2015, VET in Poland (IVET and CVET), URL: <http://eqavet.eu/gns/what-we-do/implementing-the-framework/poland.aspx> [26.8.2015]

Central Statistical Office Poland, 2015, Education in School Year 2013/2014, Warszawa

Europäische Kommission, 2014; Education and Training Monitor, Brussels

Eurostat, 2015a, Datenbank Strukturelle Unternehmensstatistik, URL: <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/refreshTableAction.do?tab=table&plugin=1&pcode=tin00145&language=de> [26.8.2015]

Eurostat, 2015b, Unemployment rates by sex, age and education attainment level, URL: <http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do> [26.8.2015]

Eurostat, 2014, Bevölkerung am 1. Januar nach Alter und Geschlecht, URL: http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=proj_13npms&lang=de [26.8.2015]

Goźlińska, Elżbieta / **Kruszewski**, Andrzej, 2013, KOWEZiU (Hrsg.), Stan szkolnictwa zawodowego w Polsce, Warszawa

Hörner, Wolfgang / **Huck**, Wolfgang, 1994, Polen, in: Lauterbach, Uwe (Hrsg.), Internationales Handbuch der Berufsbildung, Baden-Baden, PL 1–PL 69

Hörner, Wolfgang / **Nowosad**, Inetta, 2010, Polen, in: Bennack, Jürgen / Kaiser, Astrid / Winkel, Rainer (Hrsg.), Die Bildungssysteme Europas, Band 46, 3. Auflage, Baltmannsweiler, S. 565–586



Hörner, Wolfgang / **Zielinska**, Krystyna, 2011, Polen, in: Grollman, Philipp / Frommberger, Dietmar / Lauterbach, Uwe (Hrsg.), Internationales Handbuch der Berufsbildung, Baden-Baden, PL 1–PL 152

Kabaj, Mieczyslaw, 2013, Zur Senkung der Arbeitslosigkeit müssen keine Wunder vollbracht werden, in: Wirtschaftsnachrichten, Thema Berufsbildung, Deutsche Außenhandelskammer in Polen, Heft 04-05/2013, S. 26–31, Warschau

Kooperation International, 2015, Bildungslandschaft: Polen, URL: <http://www.kooperation-international.de/buf/polen/bildungs-forschungs-und-innovationslandschaft/bildungslandschaft.html#c4859> [26.8.2015]

Ministerstwo Edukacji Narodowej, 2014, Kształcenie zawodowe w Polsce w dwa lat po reformie, Warszawa

Ministerstwo Edukacji Narodowej, 2011, Badanie funkcjonowania systemu kształcenia zawodowego w Polsce, Warszawa

Montowska, Maria, 2013, Bildung lohnt sich, in: Wirtschaftsnachrichten, Thema Berufsbildung, Deutsche Außenhandelskammer in Polen, Heft 04-05/2013, S. 6–14, Warschau

Nationales Zentrum zur Förderung der Berufs- und Erwachsenenbildung – KOWEziU, 2013, Qualitätsstandards in der Berufsbildung, Warschau

OECD, 2014, Poland, Education at a Glance

Pfeiffer, Agnieszka, 2013, in: KOWEziU (Hrsg.), Współpraca pracodawców ze szkołami zawodowymi. Teraźniejszość i przyszłość, Warszawa

Regulamin Praw i Obowiazkow Uczniow, ohne Jahresangabe, Zespołu Szkół Ponadgimnazjalnych Nr. 3 im. ks. Edmunda Roszczyńskiego w Wejherowie, URL: <http://www.zsp3.wejher.pl/pliki/dokumenty/obowucz.pdf> [26.8.2015]

ReferNet, 2014a, Poland VET in Europe – Country Report

ReferNet, 2014b, Poland – A New Model of Vocational Guidance at Schools – How to Fulfil a Mission, URL: <http://www.cedefop.europa.eu/de/news-and-press/news/poland-new-model-vocational-guidance-schools-how-fulfil-mission> [26.8.2015]

Sobiera, Grazyna, 2014, Berufsausbildung und Weiterbildung in Polen, Wojewodschaft Lubuskie

USTAWA, 1991, z dnia 7 września 1991 r. o systemie oświaty, Dz.U. 1991 Nr 95 poz. 425



8 Liste der Interviewpartner

Polen		
Name	Funktion	Institution
Jolanta Kosakowska	Dyrektor Zespół Oświaty Zawodowej i Problematyki Społecznej	Związek Rzemiosła Polskiego (ZRP)
Dr. Anna Kwiatkiewicz	Dyrektor Biura w Brukseli	Konfederacja Lewiatan
Dorota Obidniak	Koordynatorka ds. współpracy międzynarodowej i projektów edukacyjnych	Związek Nauczycielstwa Polskiego (ZNP)
Andrzej Stępnikowski	Zastępca Dyrektora Zespół Oświaty Zawodowej i Problematyki Społecznej	Związek Rzemiosła Polskiego (ZRP)
Monika Wojciechowska	Koordynatorka Wydział Kształcenia Zawodowego i Ustawicznego	Krajowy Ośrodek Wspierania Edukacji Zawodowej i Ustawicznej (KOWEŻiU)
Witold Wozniak	Wicedyrektor	Krajowy Ośrodek Wspierania Edukacji Zawodowej i Ustawicznej (KOWEŻiU)